

Verwaltungsbericht der Fürsorgedirektion = Rapport de gestion de la Direction des œuvres sociales

Autor(en): **Fehr, Hermann / Augsburg, Ueli**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1991)**

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418158>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht der Fürsorgedirektion

Direktor: Regierungsrat Hermann Fehr
Stellvertreter: Regierungsrat Ueli Augsburger

Rapport de gestion de la Direction des œuvres sociales

Directeur: le conseiller d'Etat Hermann Fehr
Suppléant: le conseiller d'Etat Ueli Augsburger

1. Einleitung

1.1 Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten in der Direktion durch die sich rapid verschlechternde Finanzlage des Kantons geprägt. Im ersten Quartal mussten vorsorglicherweise Massnahmen aufgrund der vom Grossen Rat im November 1990 verfügbaren Kürzung der Budgetkredite im Subventions- und Personalbereich vorbereitet werden. Durch den Beschluss des Grossen Rates vom Mai, durch Gewährung namhafter Nachkredite seinen ursprünglichen Entscheid in Wiedererwägung zu ziehen, entschärfte sich die Situation kurzfristig. Das Durchziehen dieser undifferenzierten Budgetkürzungen hätte unmittelbare Konsequenzen auf das Leistungsangebot der von der Direktion subventionierten Institutionen gehabt.

In Anbetracht der Finanzlage muss anstelle kurzfristiger Eingriffe über eine mittel- und langfristige Schwerpunktsetzung gewährleistet bleiben, dass im Fürsorgewesen weiterhin die sozial Benachteiligten die erforderliche Unterstützung erhalten. Gleichzeitig ist aber zu prüfen, ob zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes die bisher praktizierte Kostenteilung zugunsten des Kantons verbessert werden könnte und/oder ob die bisher gewährte finanzielle Unterstützung durch die Direktion weiterhin erforderlich ist. Die wohl einschneidendste Konsequenz war der Entschluss der Direktion, das staatliche Schulheim Oberbipp auf Ende 1994 zu schliessen. Direktionsintern wurden die Arbeiten durch eine Arbeitsgruppe koordiniert. Das Resultat der Bemühungen floss in den dem Grossen Rat Ende Jahr unterbreiteten Bericht über das Massnahmenpaket zur Wiederherstellung des Haushaltgleichgewichtes nach 1994 ein. Gestützt auf die Beschlüsse der Direktion (Massnahmen im Kompetenzbereich der Direktion), des Regierungsrates und des Grossen Rates sind die entsprechenden Arbeiten im Gange. Diese absorbieren zurzeit einen beachtlichen Teil der personellen Kapazitäten. Parallel muss die Erledigung der ordentlichen Geschäfte in terminlicher und sachlicher Hinsicht gewährleistet bleiben. Hier dürfte eines der schwierigsten Probleme der nächsten Zukunft liegen. Der Verwaltung werden weiterhin zusätzliche Aufgaben überbunden; gleichzeitig besteht der klare Auftrag einer Reduktion des Personalbestandes. Ohne Verzicht auf bisherige Dienstleistungen und ohne Abbau der Aufgaben wird sich dies nicht realisieren lassen.

1.2 Die Darlegungen gemäss Ziffer 1.1. haben natürlich die Umsetzung der Ziele in den Regierungsratsrichtlinien 1990 bis 1994 massgeblich beeinflusst. Einerseits besteht ein sehr beschränkter finanzieller Spielraum zur Übernahme von neuen Aufgaben. Andererseits sind die personellen Kapazitäten der Direktion in strategischer Hinsicht – vor allem im Berichtsjahr – stark durch die erforderliche konstruktive Mitarbeit an der Erarbeitung und Umsetzung der Massnahmen zur Wiedererreichung des Haushaltgleichgewichtes absorbiert.

1. Introduction

1.1 Au cours de l'exercice, les travaux de la Direction ont été résolument marqués par la détérioration de la situation financière du canton. Durant le premier trimestre, des mesures préventives ont dû être envisagées en raison de la décision du Grand Conseil en novembre 1990 de limiter les crédits budgétaires dans le domaine des subventions et du personnel. La situation s'est améliorée à court terme lorsqu'en mai, le Grand Conseil a décidé d'honorer ses promesses en octroyant de notables crédits supplémentaires. L'application indifférenciée de ces restrictions budgétaires aurait eu des conséquences immédiates sur les prestations des institutions subventionnées par la Direction.

Dans ce contexte de difficultés financières, une politique des œuvres sociales à moyen et à long terme permettant de continuer à apporter le soutien nécessaire aux plus défavorisés est préférable à des actions ponctuelles. Toutefois, le retour à l'équilibre des finances cantonales passe par l'examen des deux questions suivantes: peut-on réduire la part du canton dans le domaine des charges et/ou la Direction doit-elle continuer à assurer le même soutien financier qu'auparavant? La décision de la Direction de fermer le foyer cantonal d'Oberbipp à la fin 1994 a été la conséquence la plus dure de cette nouvelle situation. Les travaux au sein de la Direction ont été coordonnés par un groupe de travail. L'ensemble des mesures envisagées pour rétablir l'équilibre du budget après 1994 a été présenté dans un rapport soumis au Grand Conseil à la fin de l'année. En raison des décisions de la Direction (mesures entrant dans la compétence de la Direction), du Conseil-exécutif et du Grand-Conseil, les travaux en vue de l'application de ces mesures ont été commencés. Ils représentent actuellement une part non négligeable du travail du personnel, qui doit en outre traiter les affaires ordinaires dans les temps. La gestion de ce surcroît de travail est l'un des problèmes majeurs des mois à venir, sans compter que l'administration s'est vue confier des tâches supplémentaires. Parallèlement, le Grand Conseil a donné explicitement pour mission de procéder à une réduction des effectifs en personnel. Cela ne pourra se faire sans l'abandon de prestations assurées jusqu'ici et sans une réduction des tâches.

1.2 Les problèmes exposés sous le chiffre 1.1 ont naturellement fortement influencé les objectifs du programme gouvernemental de législature 1990 à 1994. D'une part, la prise en charge de nouvelles tâches est remise en question par la réduction des moyens financiers; d'autre part, pour des raisons de stratégie – surtout au cours de l'exercice – le personnel de la Direction consacre une large part de son travail à l'élaboration et à l'application des mesures nécessaires en vue du rétablissement de l'équilibre du budget.

Im Bereiche der Direktion ist auf folgende Auswirkungen hinzuweisen: Der Ausbau der PLUS-Fachstellen – insbesondere unter dem Aspekt der Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz – muss voraussichtlich auf die nächste Legislatur zurückgestellt werden. Im Behindertenwesen ist mit Verzögerungen bei der Realisierung von bereits seit längerer Zeit verfolgten Projekten zur Beschaffung zusätzlicher Wohnheim- und Arbeitsplätze zu rechnen. Die in den Richtlinien aufgeführte Sanierung des Schulheims Oberbipp entfällt aus naheliegenden Gründen.

1.3 Kantonale Armutsstudie: Obwohl die Abteilung für wissenschaftliche Auswertung im Berichtsjahr einen grossen Anteil ihrer Arbeitskapazität in die Auswertung der Armutsstudie investiert hat, musste die Veröffentlichung der Resultate nochmals hinausgeschoben werden. Die Gründe dafür liegen einerseits darin, dass viel Grundlagenarbeit für die Klärung so schwieriger Fragen wie der empirischen Erfassung von Einkommensschwäche und Armut aufgewendet werden musste, zum anderen, dass ein Teil der vom Auftragnehmer abgelieferten Umfragedaten sich als fehlerhaft erwies, was Korrekturen in zeitraubender Kleinarbeit nach sich zog.

Mit der nationalen Armutsstudie des Schweizerischen Nationalfonds konnte eine Zusammenarbeit institutionalisiert werden. Dies ist nicht nur wegen des Wissenstransfers von der kantonalen in die nationale Studie wichtig, sondern weil die Einbindung der Abteilung für wissenschaftliche Auswertung in das gewichtigste schweizerische Forschungsprojekt zum Thema Armut auch den Aufbau einer regelmässigen kantonalen Armutsberichterstattung erleichtern wird – vor allem auch im Hinblick auf die Einheitlichkeit der verwendeten Kriterien.

1.4 Unter den in den Direktionsbereich fallenden Aufgaben waren im Berichtsjahr wiederum die Themen Drogenpolitik, Asylwesen und Alterspolitik dominierend. Die Drogenpolitik war geprägt durch die Unsicherheit, ob und unter welchen Bedingungen seitens des Bundes Versuche einer kontrollierten Abgabe von Heroin zugelassen werden. Leider war diese Frage Ende des Berichtsjahres immer noch nicht geklärt. Generell kann festgestellt werden, dass das Engagement des Bundes in der Drogenpolitik nach wie vor zu wünschenswert übrig lässt. Im Asylwesen konnte durch die Umsetzung der organisatorischen Massnahmen eine Verbesserung erzielt werden. Seit 1. Oktober ist das Leitungsteam vollständig und durch den Bezug der Räumlichkeiten im Kornhaus Bern entschärft sich zudem die vorher räumlich prekäre Situation. Die Arbeiten am Altersbericht schritten weiter voran. Für detailliertere Angaben sei auf Ziffer 2.4.1 des vorliegenden Berichtes verwiesen.

2. Bericht der Abteilungen

2.1 Direktionssekretariat

2.1.1 Personelles

Im Berichtsjahr traten in den Dienst der Direktion Page Randolph beim Fürsorgeinspektorat sowie Eicher Anita, Schuhmacher Monica und Nenniger Kurt beim Direktionssekretariat. In der Fürsorgeabteilung, Bereich Asylwesen, nahmen folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeit auf: Beeri Roland als Leiter des Asylwesens, Blaser Lilo, Hofmann Hansueli, Höhn Bettina, Klemmer Regula, Mazzoletti Piero, Rapaud Claude, Simmen Paul, Schiess Daniel, Schmid Franziska sowie Winkler Denise. Diese Abteilung verliessen Aegerter Mari-

Parmi les conséquences au sein de la Direction, notons que la création des centres PLUS – notamment en ce qui concerne la promotion de la santé au travail – doit être repoussée à la prochaine législature. Dans le domaine des handicapés, des projets de longue date en vue de la création de nouveaux postes de travail et de nouvelles places en foyer devront être repoussés. Ainsi s'explique l'abandon de l'assainissement du foyer d'Oberbipp, prévu dans le programme de législature.

1.3 Etude cantonale sur la pauvreté: malgré le gros travail fourni par le Service d'évaluation scientifique au cours de l'exercice en vue d'évaluer l'état de la pauvreté, la publication des résultats a dû être à nouveau repoussée. Il y a deux raisons à ce retard: d'une part, la détermination empirique de données difficiles à cerner telles que la faiblesse de revenu et la pauvreté a occasionné un gros travail de préparation; d'autre part, une partie des données fournies par le mandataire se sont révélées erronées, ce qui a entraîné une perte de temps.

L'institutionnalisation de la collaboration avec les responsables de l'étude nationale sur la pauvreté engagée par le Fonds national suisse est importante à deux égards: non seulement elle permettra le transfert des données du niveau cantonal au niveau national, mais la participation du Service d'évaluation scientifique à l'important projet national de recherche sur la pauvreté facilitera l'établissement régulier d'un rapport cantonal sur l'état de la pauvreté – avec notamment une unification des critères employés.

1.4 Au nombre des tâches incombant à la Direction, celles en rapport avec la politique de la lutte contre la drogue, de l'asile et du 3^e âge ont été dominantes au cours de cet exercice. La politique de lutte contre la drogue a été marquée par l'incertitude concernant les conditions dans lesquelles la Confédération pourrait autoriser, à titre expérimental, la distribution contrôlée de l'héroïne. Cette question n'avait malheureusement pas encore été éclaircie à la fin de l'exercice. De manière générale, on peut dire que l'engagement de la Confédération dans la lutte contre la drogue laisse à désirer. Dans le domaine de l'asile, une amélioration a été rendue possible par la mise en place de mesures d'organisation. Depuis le 1^{er} octobre, l'équipe dirigeante est au complet et le réaménagement des lieux à la Grenette de Berne a rendu moins aigu le problème de manque de place qui régnait jusqu'alors. Les travaux concernant le rapport sur le troisième âge ont continué. Pour des données détaillées, voir sous le chiffre 2.4.1 du présent rapport.

2. Rapport des divers services

2.1 Secrétariat de direction

2.1.1 Personnel

Durant l'exercice sont entrés au service de la Direction: M. Randolph Page à l'Inspection des œuvres sociales, ainsi que M^{mes} Anita Eicher, Monica Schuhmacher, et M. Kurt Nenniger au Secrétariat de direction. Sont entrés en fonction au Service de prévoyance sociale, dans le domaine de l'asile: M. Roland Beeri comme responsable du secteur asile, ainsi que MM. Hansueli Hofmann, Piero Mazzoletti, Claude Rapaud, Paul Simmen, Daniel Schiess et M^{mes} Lilo Blaser, Bettina Höhn, Regula Klemmer, Franziska Schmid et Denise Winkler. Ont quitté ce

anne, Dietrich Christian, Duerst Gisela, Harnischberg Irène, Spring Monique, Ubink Ursula, Van Herwijnen Christine.

service: M^{mes} Marianne Aegerter, Gisela Duerst, Irène Harnischberg, Monique Spring, Ursula Ubink, Christine van Herwijnen et M. Christian Dietrich.

2.1.2 *Kantonale Kommissionen*

Die Kantonale Fürsorgekommission trat im Berichtsjahr zu 8 (Vorjahr 9) Sitzungen zusammen. Dabei wurden 40 (39) Geschäfte begutachtet, wobei wiederum Bau- und Betriebsgeschäfte von Fürsorgeinstitutionen im Vordergrund standen. Als Ersatz für die auf Ende 1990 zurückgetretenen Mitglieder wurden die Herren Dr. Flury, Hueber, Rentsch und Dr. Sattler gewählt.

Die Kantonale Kommission zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs tagte im Berichtsjahr dreimal. Sie befasste sich unter anderem mit Grundsatzproblemen wie der Frage der Prävention – unter Beizug eines Fachexperten – und bearbeitete das Thema «Drogenverschreibung» anhand von Vorarbeiten in ihrer Fachgruppe «Drogen». Die Fachgruppe «Alkohol» ihrerseits bearbeitete zuhanden der Gesamtkommission das Projekt zum Ausbau des Sozialtherapeutischen Zentrums Kirchlindach.

2.1.3 *Bekämpfung des Alkoholismus*

Das Sozialtherapeutische Zentrum Kirchlindach konnte am 7. Juni das hundertjährige Bestehen der Institution feiern. Das Um- und Neubauvorhaben befindet sich immer noch in der Projektierungsphase. Der vom Kanton gesetzte Kostenrahmen wurde deutlich überschritten, womit die baulichen Ziele neu zu überprüfen sind.

Die für die Planung eines Wohnheims für Alkohol Kranke im ehemaligen Schulheim Aarwangen notwendige Baustudie des Hochbauamtes wurde abgeschlossen. Die Voraussetzungen für die Bildung einer Trägerschaft für ein Wohnheim sind damit gegeben.

Bereits 1990 hatte die Stiftung «Les Oliviers» ein Projekt zur Einrichtung eines Wohn- und Übergangsheimes für Alkohol Kranke im ehemaligen Hospiz des Blauen Kreuzes in Tramelan eingereicht. Im November wurde der gemeinnützigen Gesellschaft des Amtsbezirkes Courtelary, die sich als Trägerschaft anbot, ein Projektionskredit für die Planung von Erwerb, Umbau und Einrichtung des Blaukreuz-Hospizes gewährt. In Anbetracht der Unterversorgung der Region Berner Jura mit Einrichtungen der Suchthilfe ist diese Initiative zu begrüßen.

2.1.4 *Bekämpfung des Drogenmissbrauchs*

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion konnte im Mai ihren Bericht «Drogenpolitik zwischen Hilfe und Strafe» einer breiten Öffentlichkeit vorstellen. Die Broschüre fand allgemein grossen Anklang und Nachfrage in der ganzen Schweiz. Die direktionsinterne Arbeitsgruppe «Drogenpolitik» befasste sich u. a. eingehend mit dem Thema «Drogenverschreibung». Eine Delegation der Arbeitsgruppe machte hierzu eine Studienreise nach Liverpool und London.

In der Beantwortung von drei parlamentarischen Vorstössen wurde die Beteiligung des Kantons an der Durchführung von Versuchen der kontrollierten Verschreibung von Betäubungsmitteln – im Vordergrund stehen Versuche einer Heroinabgabe – an Abhängige beantragt. Die Vorstösse wurden dem Grossen Rat als Postulate überwiesen. Die Direktion führte anschliessend mehrere Gespräche mit den Städten Bern, Biel und

2.1.2 *Commissions cantonales*

Au cours de 8 séances (pour 9 l'exercice précédent) qui ont réuni, durant cet exercice, la Commission cantonale des œuvres sociales, 40 affaires (contre 39 l'exercice précédent) ont pu être traitées, dont la plupart ont à nouveau porté sur des subventions à la construction et à l'exploitation en faveur d'institutions sociales. En remplacement des membres ayant quitté la Commission à la fin 1990, ont été nommés MM. Flury, Hueber, Rentsch et Sattler.

La Commission cantonale de lutte contre les toxicomanies s'est réunie trois fois au cours de l'exercice. Elle s'est préoccupée entre autres de problèmes de base touchant par exemple la prévention – avec l'aide d'un expert – et s'est penchée sur le thème de la «prescription de drogues» sur la base des travaux préparatoires du groupe de travail sur les «drogues». Le groupe de travail «alcoolisme» a élaboré le projet d'agrandissement du centre socio-thérapeutique de Kirchlindach en vue de le soumettre à l'ensemble de la Commission.

2.1.3 *Lutte contre l'alcoolisme*

Le centre socio-thérapeutique de Kirchlindach a fêté ses cent ans d'existence le 7 juin. Le projet de construction et de transformation est encore à l'étude. Le cadre financier fixé par le canton ayant été largement dépassé, le projet doit être réétudié.

L'Office des bâtiments a terminé l'étude en vue de la planification d'un foyer pour alcooliques sur l'emplacement de l'ancien foyer scolaire d'Aarwangen. Les conditions pour la formation d'une collectivité responsable pour un foyer sont ainsi réunies.

Déjà en 1990, la fondation «Les Oliviers» avait présenté un projet en vue de la création d'un foyer d'habitation et de transit pour alcooliques dans l'ancien hospice de la Croix-Bleue à Tramelan. En novembre, la Société d'intérêt public du district de Courtelary, qui s'est proposée comme collectivité responsable, a obtenu un crédit pour l'élaboration d'un projet d'acquisition, de transformation et d'équipement de l'hospice de la Croix-Bleue. Cette initiative est la bienvenue, surtout si l'on considère les carences de la région du Jura bernois en matière d'installations pour la lutte contre les toxicomanies.

2.1.4 *Lutte contre l'abus de la drogue*

En mai, la Direction de l'hygiène publique et des œuvres sociales a présenté au grand public son rapport «Aide et répression: les deux pôles d'une politique de lutte contre la drogue». La brochure a eu un grand retentissement dans toute la Suisse et a été très demandée. Le groupe de travail «politique de lutte contre la drogue» institué par la Direction s'est préoccupé entre autres du thème «prescription des drogues». Une délégation du groupe s'est rendue en voyage d'étude à Londres et Liverpool.

Dans la réponse à trois interventions parlementaires, la participation du canton à la conduite, à titre expérimental, d'une distribution contrôlée de stupéfiants aux personnes dépendantes a été demandée (ces tentatives concernent en premier lieu la consommation d'héroïne). Ces interventions ont été acceptées par le Grand Conseil à titre de postulats. La Direction a par

Thun sowie mit dem Bundesamt für Gesundheitswesen. Die vorgenannten Städte erklärten ebenfalls ihren Willen, sich an Projekten einer kontrollierten, wissenschaftlich begleiteten Drogenverschreibung zu beteiligen. Seitens der Direktion wurde ein Vorschlag zur Organisation und Durchführung eines Projektes «Drogenverschreibung» im Kanton Bern erarbeitet. Da der vom Bundesrat in Aussicht gestellte diesbezügliche Verordnungsentwurf im Berichtsjahr nicht vorlag, wurde mit weiteren Planungsschritten vorläufig zugewartet.

Dank der Gewährung des Nachkredits durch den Grossen Rat an die Direktion konnten im Berichtsjahr den Entzugseinrichtungen «Klarer Fall» in Thun, «Fallschirm» in Biel, sowie dem «Krankenzimmer» für pflegebedürftige und obdachlose Drogenabhängige in Bern Betriebsbeiträge gewährt werden.

Die Schaffung von Anlaufstellen war im Berichtsjahr weiterhin Thema: Ende des Jahres konnte in Bern der Umbau einer geeigneten Liegenschaft für die zweite Anlaufstelle in Angriff genommen werden. Die Stiftung Contact, die mit deren Inbetriebnahme betraut ist, wird sie im Frühjahr 1992 eröffnen können.

Die Stadt Thun hält weiterhin am Projekt einer Anlaufstelle fest, konnte aber bisher noch keine geeignete Liegenschaft finden. Biel dagegen verzichtete mit Gemeinderatsbeschluss auf die Einrichtung einer Anlaufstelle mit Fixerraum. Statt dessen wurden ein Spritzenaustauschprojekt mit einem Bus sowie eine Tagesstruktur für Drogenabhängige projektiert. Der Spritzenaustausch konnte noch Ende Jahr dank Starthilfe durch das Bundesamt für Gesundheitswesen in Betrieb genommen werden.

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion arbeitete zur Harmonisierung und Koordination der kantonalen Massnahmen zur Verminderung der Drogenprobleme und zur Propagierung präventiver Massnahmen in den Fachkommissionen der Städte Bern und Biel mit. In der 1991 geschaffenen direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe «Drogenpolitik» wurde durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Direktionen eine bessere Abstimmung der Massnahmen in diesem Bereich ermöglicht.

Da durch das Massnahmenpaket des Gemeinderates der Stadt Bern zur schrittweisen Auflösung der offenen Drogenszene die Gemeinden im Kantonsgebiet allgemein vermehrt gefordert werden, wurden verschiedene Vorkehrungen getroffen, um sie in ihrer Aufgabe unterstützen zu können. Unter anderem sollen im Jahr 1992 in Zusammenarbeit mit der Höheren Schule für Sozialarbeit in allen Regionen dezentrale Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt werden.

2.1.5 Gesundheitsförderung

Am 16. April wurde durch die Gesundheits- und Fürsorgedirektion die Preisverleihung des Wettbewerbes «Bärner Umwelt – üsi Gesundheit», der am internationalen Weltgesundheitstag 1990 lanciert worden war, vorgenommen.

Verschiedenen Gesundheitsförderungsprojekten, wie «Gsunds Stäffisburg», die Ausstellungswoche im Oberland und die Kulturwoche «Bieler Volkspark», konnte aus dem Fonds zur Krankheitsbekämpfung ein Beitrag zugesprochen werden.

Zur Drogenbekämpfungskampagne in der Schule (Motion Scherrer) wurden – in der Absicht, einen Teil des Konzeptes der PLUS Fachstellen des Bernischen Verbandes für Suchtprobleme vorgezogen umzusetzen – erste Kontakte zur Erziehungsdirektion hergestellt.

2.1.6 Rechtsabteilung

Die administrativ der Gesundheitsdirektion zugeordnete Rechtsabteilung behandelt auch die Rechtsgeschäfte der Für-

la suite entamé des discussions avec les villes de Berne, de Bienne et de Thoun ainsi qu'avec l'Office fédéral de la santé publique. Les villes en question ont déclaré vouloir participer au projet, à titre expérimental, d'une prescription contrôlée de stupéfiants. La Direction a elle-même proposé d'organiser et de conduire un projet sur la «prescription des stupéfiants» dans le canton de Berne. Comme le projet d'ordonnance devant être établi à cet effet par le Conseil fédéral n'a pas vu le jour au cours cet exercice, le projet de la Direction a été mis en attente.

Grâce à l'octroi d'un crédit supplémentaire par le Grand Conseil, la Direction a été en mesure d'apporter sa contribution pour le fonctionnement des centres de désintoxication «Klarer Fall» à Thoun, «Parachute» à Bienne, ainsi que de la «Krankenzimmer» de Berne pour toxicomanes sans abri nécessitant des soins. La création d'antennes a été à nouveau à l'ordre du jour au cours de cet exercice: à la fin de l'année a pu être envisagée l'installation d'un emplacement approprié pour la seconde antenne. La Fondation Contact, responsable de sa mise en service, sera en mesure d'ouvrir cette seconde antenne au printemps 1992.

La ville de Thoun maintient son projet d'antenne, pour laquelle elle n'a cependant pas encore trouvé d'emplacement. Par contre, Bienne, à la suite d'une décision communale, a renoncé à l'ouverture d'une antenne avec local d'injection. En lieu et place de cette antenne, la ville projette d'aménager un bus pour la distribution de seringues ainsi qu'une structure de jour pour toxicomanes. La distribution de seringues a pu être entreprise dès la fin de l'année grâce à une aide de l'Office fédéral de la santé publique.

La Direction de l'hygiène publique et des œuvres sociales a participé au travail des groupes compétents des Villes de Berne et de Bienne en vue d'harmoniser et de coordonner les mesures cantonales visant à lutter contre l'abus de la drogue ainsi que les mesures préventives contre la propagation de la drogue. La création en 1991 du groupe de travail inter-Directions «politique de lutte contre la drogue» a rendu possible une meilleure coordination des mesures.

Suite à la prise d'un ensemble de mesures par le Conseil communal de la ville de Berne visant à supprimer progressivement la consommation de drogues en public, les communes du canton ont été de plus en plus sollicitées. Différentes dispositions ont été prises afin de les aider dans leur tâche. C'est ainsi par exemple qu'en 1992, des séances décentralisées de formation continue sont prévues dans toutes les régions en collaboration avec les Ecoles supérieures de travail social.

2.1.5 Promotion de la santé

Le 16 avril, la Direction de l'hygiène publique et des œuvres sociales a procédé à l'attribution des prix du concours «Bärner Umwelt – üsi Gesundheit», lancé à l'occasion de la journée mondiale de la santé en 1990.

Divers projets de promotion de la santé, comme «Gsunds Stäffisburg», ou manifestations, comme la semaine d'exposition dans l'Oberland ou la semaine culturelle «Bieler Volkspark» ont reçu une contribution du Fonds de lutte contre les maladies.

En vue de concrétiser en partie l'idée des centres PLUS de l'Association bernoise pour les questions de toxicomanie, les premiers contacts avec la Direction de l'instruction publique ont été établis pour mener à bien la campagne de lutte contre la drogue à l'école (motion Scherrer).

2.1.6 Service juridique

Quoique dépendant de la Direction de l'hygiène publique, le Service juridique traite également les affaires juridiques de la

sorgedirektion; sie ist als gemeinsame Abteilung für beide Direktionen tätig.

Die im letzten Verwaltungsbericht erwähnten Arbeiten für eine Totalrevision des Fürsorgegesetzes wurden aufgrund personeller Engpässe und der angespannten finanzpolitischen Lage nicht weitergeführt. Die Tendenz geht eher in Richtung Teilrevision, wobei hier das Schwergewicht auf der Schaffung einer Rechtsgrundlage für den Fonds für Suchtprobleme sowie auf der im Massnahmenplan Haushaltgleichgewicht vorgesehener Änderung des Lastenverteilungsschlüssels liegen dürfte. Der Entwurf für das kantonale Asylbewerbergesetz wurde im Verlaufe des Berichtsjahres bereinigt und vom Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates verabschiedet. Gleichzeitig wurden Vorarbeiten für die entsprechende Vollzugsverordnung geleistet. In ihrer Sitzung vom 1. November 1991 hat die vorbereitende Kommission zuhanden des Grossen Rates einen Nicht-eintretensantrag beschlossen, wobei der Verwaltung der Auftrag erteilt werden sollte, den Inhalt des Gesetzesentwurfs oder Teile davon in Form eines Grossratsbeschlusses dem Parlament zu unterbreiten oder allenfalls zu prüfen, ob das Gesetz in das bestehende Fürsorgegesetz eingebaut werden könne.

Zur Umsetzung der im Massnahmenplan Haushaltgleichgewicht vorgesehenen, vom Regierungsrat am 11. September genehmigten Massnahme, wonach gewisse Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen inskünftig nicht mehr der Lastenverteilung unterliegen sollen, hat die Rechtsabteilung die Vorarbeiten für eine entsprechende Änderung der Verordnung vom 29. Juni 1962 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für besondere Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen aufgenommen. Ein bereits ausgearbeiteter Entwurf für eine Verordnung über Partnerschaftsberatungsstellen wurde angesichts der finanzpolitischen Situation zurückgestellt.

Neben diesen Gesetzgebungsarbeiten waren zahllose Tagesgeschäfte zu erledigen. Zu erwähnen sind hier insbesondere die Beschwerden (Instruktion des Verfahrens, Vorbereitung der Beschwerdeentscheide) gegen Verfügungen von Abteilungen der Direktion, deren Zahl gegenüber dem Vorjahr stark zugenommen hat. Vermehrt hatte sich die Rechtsabteilung auch mit Anfragen und Beratungen externer Stellen, vor allem im Bereich des Asylwesens, zu befassen.

Direction des œuvres sociales; c'est donc un service commun aux deux Directions.

En raison d'une vacance dans le personnel et de la situation financière difficile, les travaux évoqués dans le dernier rapport de gestion en vue d'une révision totale de la loi sur les œuvres sociales ont dû être interrompus. La tendance est plutôt à une révision partielle, dans laquelle l'accent devrait être mis surtout sur la création d'une base juridique pour le Fonds de lutte contre la drogue ainsi que sur la nouvelle clé de répartition des charges prévue dans le train de mesures pour le rétablissement de l'équilibre financier.

Le projet de la loi cantonale sur l'asile a été examiné au cours de l'exercice et adopté par le Conseil-exécutif qui l'a soumise au Grand Conseil. Parallèlement ont eu lieu les travaux préparatoires pour l'ordonnance d'exécution correspondante. Au cours de sa séance du 1^{er} novembre 1991, la commission préparatoire a soumis au Grand Conseil une proposition de refus d'entrée en matière sur le projet, avec mission pour l'administration de soumettre au Grand Conseil tout ou partie du projet de loi sous forme d'un arrêté du Grand Conseil, ou même de vérifier si les nouvelles dispositions ne pouvaient pas être intégrées à la loi sur les œuvres sociales.

En vue d'appliquer les mesures approuvées le 11 septembre par le Conseil-exécutif dans le cadre du train de mesures pour le rétablissement de l'équilibre financier, et au terme desquelles certaines institutions de prévoyance et d'aide sociale ne seront désormais plus soumises à la répartition des charges, le Service juridique a entrepris des travaux préparatoires en vue d'une modification correspondante de l'ordonnance du 29 juin 1962 concernant les prestations de l'Etat et des communes à ces institutions. Le projet déjà élaboré sur l'ordonnance concernant les offices de consultation conjugale et familiale a été ajourné en raison de la situation financière.

Nombre d'affaires courantes étaient à traiter en plus de ces travaux concernant la législation. Citons particulièrement les recours contre des décisions rendues par les services de la Direction (instruction de la procédure, préparation des décisions sur recours), recours dont le nombre a fortement augmenté par rapport à l'année précédente. Le Service juridique a dû également traiter un nombre croissant de demandes émanant d'autres services, surtout dans le domaine de l'asile.

2.2 Fürsorgeabteilung

2.2.1 Allgemeines

Die Bewältigung des stetig ansteigenden Zustromes neuer Asylsuchenden im Berichtsjahr ist für die Fürsorgeabteilung fast zur Hauptaufgabe geworden. Sie hatte bei der Unterbringung der neuankommenden Asylbewerberinnen und Asylbewerber immer wieder mit Engpässen zu kämpfen. Ohne die Möglichkeit, auf Hotels und provisorische Unterkünfte auszuweichen, wäre Obdachlosigkeit für viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber unvermeidlich gewesen. Dank der Überprüfung der Aufbau- und Ablauforganisation der Koordinationsstelle für das Asylwesen durch eine Beraterfirma wurden wesentlich bessere Strukturen geschaffen, die ein effizienteres Arbeiten ermöglichen. Die Verbesserungsvorschläge wurden schrittweise in die Praxis umgesetzt. Noch nicht im gewünschten Rahmen steht der Einsatz von EDV-technischen Hilfsmitteln zur Verfügung, die etappenweise Einführung ist aber auch in absehbarer Zeit vorgesehen.

Ein Glücksfall war es, dass die aus allen Nähten platzende Koordinationsstelle für das Asylwesen von der Herrengasse 21 in

2.2 Service de prévoyance sociale

2.2.1 Généralités

Le problème du nombre des demandeurs d'asile en progression constante est devenu au cours de l'exercice la préoccupation majeure du service, qui rencontre d'énormes difficultés en ce qui concerne l'hébergement des nouveaux demandeurs d'asile. Sans le recours aux hôtels et hébergements provisoires, beaucoup de demandeurs d'asile se seraient retrouvés sans abri. Grâce au réexamen par un cabinet de consultants des structures d'organisation et de fonctionnement du Service de coordination en matière de demandeurs d'asile, des améliorations importantes ont été apportées qui favoriseront une meilleure efficacité du travail. Les propositions ont été progressivement mises en application. Si les moyens techniques de l'informatique ne sont pas encore utilisés autant qu'il serait souhaitable, leur introduction graduelle est cependant prévue à court terme.

Le transfert du Service de coordination en matière de demandeurs d'asile du 21 Herrengasse à la Grenette (ancienne poste) a été une aubaine, tant le manque de locaux se faisait cruelle-

die Räumlichkeiten der ehemaligen Post im Kornhaus verlegt werden konnte. Die dortigen Räumlichkeiten sind sowohl aus arbeits- und sicherheitstechnischen Gründen als auch aus lokaler Sicht nahezu ideal für die im Bereich Triage zu erfüllenden Aufgaben. So darf zusammenfassend gesagt werden, dass im Berichtsjahr diesbezüglich wesentliche Verbesserungen erreicht wurden, wofür alle Beteiligten dankbar sind.

2.2.2 Fürsorge des Staates für Kantonsbürger

Die Referendumsfrist für die am 14. Dezember 1990 von der Bundesversammlung beschlossene Änderung des Bundesgesetzes vom 24. Juni 1977 über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger ist am 28. März abgelaufen. Der Bundesrat hat am 5. Juni die Inkraftsetzung auf den 1. Juli 1992 bestimmt. Das bedeutet, dass ab diesem Datum der Heimatkanton für seine Bürger, die sich ausserhalb desselben aufhalten und auf Unterstützung angewiesen sind, nur noch während der ersten zwei Wohnjahre voll kostenersatzpflichtig ist.

Anschliessend gehen die Unterstützungsauslagen von Bürgern anderer Kantone vollumfänglich zulasten des Wohnkantons.

Die Zahl der neuen Unterstützungsfälle ist merklich angestiegen, nämlich um ca. 25 Prozent. Die Zunahme erfolgte vor allem im zweiten Halbjahr. Damit ist ersichtlich, dass sich Schwankungen in der Konjunktur sehr rasch auf den Bereich der öffentlichen Fürsorge auswirken können. Zuerst werden immer die sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft betroffen, später – bei einer länger dauernden Verschlechterung der Wirtschaftslage – trifft es auch qualifizierte Berufsleute.

Nach wie vor bilden Alleinerziehende einen recht hohen Anteil bei den Bezügerinnen und Bezüger von Fürsorgeleistungen. Diese Einelternfamilien sind häufig die Folgen der noch immer anhaltenden Zunahme von Trennungen und Ehescheidungen. Vermehrt erscheinen unter den Klienten der öffentlichen Fürsorge auch Alkohol-, Drogen- und Medikamentenabhängige. Der wesentliche Anstieg von neuen Unterstützungsfällen hat zur Folge, dass die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter nicht mehr in der Lage sind, alle Aufgaben termingerecht zu erledigen. Im finanziellen Bereich führten die Zunahme der Unterstützungen sowie die laufende Teuerung, Hypothekenzinserhöhungen, steigende Gesundheitskosten usw. dazu, dass im Dezember ein Nachkredit von 3 Mio. Franken angefordert werden musste.

2.2.2.1 Heimkehrer

Im Berichtsjahr sind 18 Personen, sieben Einzelpersonen, zwei Ehepaare und sieben Kinder, aus dem Ausland in ihre Heimat zurückgekehrt. Es handelt sich um Bernerinnen und Berner, die im Ausland gelebt haben oder dort geboren wurden und nun mittellos heimgekehrt sind. Können sie keiner Gemeinde zugewiesen werden, ist der Staat fürsorgepflichtig.

2.2.2.2 Bernerinnen und Berner im Ausland

Die Unterstützungsfälle haben nicht nur in der Schweiz zugenommen, auch die Zahl der unterstützungsbedürftigen Bernerinnen und Berner, die nach dem Abkommen mit Deutschland in Deutschland unterstützt wurden, ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Dies ist unter anderem wohl auch auf die Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschland zurückzu-

ment sein. La place dont dispose maintenant le service, tant au point de vue de l'espace que de la sécurité, permet au centre de tri d'accomplir au mieux ses tâches. En résumé, on peut donc dire que des améliorations notables ont vu le jour au cours de cet exercice, améliorations saluées par l'ensemble des collaborateurs du service.

2.2.2 Assistance de l'Etat aux ressortissants du canton

Le délai de référendum pour la modification de la loi fédérale du 24 juin 1977 arrêtée par l'Assemblée fédérale concernant la compétence en matière d'assistance des personnes dans le besoin a expiré le 28 mars. Le 5 juin, le Conseil fédéral a fixé au 1^{er} juillet 1992 la date de son entrée en vigueur. Cela signifie que le canton d'origine ne sera plus tenu au remboursement intégral des frais que pendant les deux premières années.

Par la suite, c'est le canton de domicile qui prendra en charge les coûts de l'assistance.

Le nombre des cas d'assistance a nettement augmenté, à savoir d'environ 25 pour cent. C'est surtout au cours du second semestre que cette augmentation a eu lieu. On voit avec quelle rapidité les évolutions de la conjoncture se font sentir dans le domaine des œuvres sociales. Les gens socialement faibles sont toujours les premiers à souffrir, mais lors d'une aggravation durable de la situation économique, les travailleurs qualifiés sont aussi touchés.

Comme auparavant, les personnes seules ayant charge de famille représentent une grande part des demandes d'assistance. Le nombre de familles monoparentales s'explique par l'augmentation constante du nombre de divorces et de séparations.

On trouve de plus en plus de demandes d'assistance de la part de gens dépendants de l'alcool, de la drogue ou de médicaments.

En raison de l'accroissement notable des cas d'assistance, le personnel ne peut plus accomplir sa tâche dans les temps. Dans le domaine financier, l'augmentation du nombre des cas d'assistance ainsi que l'inflation et l'augmentation des taux hypothécaires ont rendu nécessaire la demande en décembre d'un crédit supplémentaire de 3 millions de francs.

2.2.2.1 Bernois et Bernoises revenus dans leur canton

Au cours de l'exercice, 18 personnes, dont sept personnes seules, deux couples et sept enfants sont revenus de l'étranger pour s'installer dans leur canton d'origine. Il s'agit de Bernoises et de Bernois qui ont vécu à l'étranger ou qui y sont nés et se trouvent sans ressources à l'arrivée dans le canton. S'ils ne peuvent être affectés directement à une commune, c'est à l'Etat de leur prêter assistance.

2.2.2.2 Bernois et Bernoises à l'étranger

Les cas d'assistance ont non seulement augmenté en Suisse, mais, suite à la convention d'assistance des personnes dans le besoin entre la Suisse et l'Allemagne, le nombre de Bernois et de Bernoises nécessitant une assistance en Allemagne a augmenté par rapport à l'année dernière. Cet état de fait est entre autres à mettre au compte de la réunification des deux Allema-

führen, denn auch für Bernerinnen und Berner in Gebieten der früheren DDR können seither die Auslagen nach dem Abkommen geltend gemacht werden.

Dagegen blieb die Zahl der Bernerinnen und Berner in Frankreich, welche gemäss Abkommen zwischen der Schweiz und Frankreich unterstützt werden, weiterhin gering.

2.2.3 Fürsorge des Staates für Kantonsfremde

Die Aufwendungen für Kantonsfremde, für die der Staat fürsorglich ist, sind gegenüber dem Vorjahr – 42 966.40 Franken für 33 Personen – auf 65 064.45 Franken für 40 Personen angestiegen. Bei diesen Personen handelt es sich vorwiegend um Straffällige, fast ausschliesslich sind es Ausländer.

2.2.4 Asylbewerberinnen und Asylbewerber

Im Berichtsjahr wurden dem Kanton Bern über 5900 Asylbewerberinnen und Asylbewerber (Vorjahr: über 4800) durch das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) zugewiesen. Die Zahl der Neuzugewiesenen lag im ersten Halbjahr erheblich über der Quote der entsprechenden Vorjahresperiode. Die Unterbringungssituation war generell angespannt. Nach wie vor dienten Hotels als provisorische Reserveunterkünfte, wenn nicht genügend Zentrenplätze zur Verfügung standen. Ende Dezember waren rund 600 Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Hotels untergebracht. Es wurden grosse Anstrengungen unternommen, um die Hotelplätze abzubauen. Das setzt aber voraus, dass die Platzkapazitäten in den Durchgangsstufen ausgebaut werden können.

Gestützt auf den Bundesbeschluss über das Asylverfahren hat der Bundesrat mit der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen vom 22. Mai unter anderem die Abgeltung für die Unterbringung von Asylbewerbern geregelt. Gestützt auf diese gesetzliche Grundlage haben im Berichtsjahr etwa 50 bernische Gemeinden Finanzierungsersuchen für Kollektivunterkünfte eingereicht. Diese sind vom Bund behandelt und grösstenteils genehmigt worden.

Der weiterhin gültige Regierungsratsbeschluss vom 4. April 1990, der die Gemeinden verpflichtet, eine Anzahl Gesuchsteller aufzunehmen, die 1,3 Prozent ihrer Bevölkerung entspricht, ergibt für den ganzen Kanton 12 200 Kontingentsplätze. Ende Jahr waren diese Plätze zu 80 Prozent belegt.

Das Beratungsangebot seitens des Kantons wurde von den Gemeinden intensiv genutzt. Die Zusammenarbeit zwischen den kantonalen und kommunalen Behörden erfolgt in der Regel in gutem Einvernehmen.

2.3 Fürsorgeinspektorat

2.3.1 Allgemeines

Keine besonderen Bemerkungen.

2.3.2 Aufsichts- und Beratertätigkeit

Die im Vorjahresbericht erwähnten Arbeiten an einer neuen Form der Aufsicht über die Alters- und Pflegeheime – die sowohl eine vertretbare Standardisierung als auch eine sich an der neuen Alterspolitik orientierende Beurteilungsmöglichkeit

gnes, car les Bernois et Bernoises habitant l'ex RDA ont pu se réclamer de la convention d'assistance.

En revanche, le nombre de cas d'assistance parmi les Bernois et Bernoises résidant en France est resté faible.

2.2.3 Assistance de l'Etat aux ressortissants non bernois

Par rapport à l'année précédente, les dépenses pour des ressortissants non bernois à la charge de l'Etat sont passées de 42 966.40 francs pour 33 personnes à 65 064.45 francs pour 40 personnes. Il s'agissait presque exclusivement d'étrangers ayant enfreint la loi.

2.2.4 Requérants et requérantes d'asile

Au cours de l'exercice, l'Office fédéral des réfugiés (OFR) a affecté au canton de Berne plus de 5900 requérants et requérantes d'asile (contre plus de 4800 l'année précédente). Le nombre de nouvelles arrivées au cours du premier semestre dépassait largement celui de la même période de l'année précédente. La situation de l'hébergement a été en général tendue. Comme auparavant, les hôtels ont servi d'hébergement provisoire lorsque les centres d'hébergement étaient saturés. A la fin décembre, 600 requérants et requérantes d'asile étaient logés à l'hôtel. Beaucoup d'efforts ont été entrepris pour éviter cette solution, mais cela sous-entend que le nombre de places aux stades intermédiaires soit augmenté.

Aux termes de l'arrêté fédéral sur la procédure d'asile, le Conseil fédéral a réglé entre autres la question du dédommagement pour l'hébergement des requérants d'asile par l'ordonnance 2 sur l'asile du 22 mai concernant les problèmes du financement. Fortes de l'existence de cette base juridique, 50 communes bernoises ont au cours de l'exercice fait une demande de financement pour des logements collectifs. Après avoir examiné ces demandes, la Confédération en a accepté la plus grande part.

En raison de l'arrêté du Conseil-exécutif du 4 avril 1990 toujours en vigueur, les communes sont tenues d'accepter jusqu'à 1,3 requérant d'asile pour 100 habitants, ce qui représente pour la totalité du canton 12 200 places de contingent. A la fin de l'année, ces places étaient occupées à 80 pour cent.

Les communes ont eu largement recours à l'offre d'information de la part du canton. La collaboration entre les autorités cantonales et communales s'est en général bien déroulée.

2.3 Inspection des œuvres sociales

2.3.1 Généralités

Pas de remarques.

2.3.2 Activité d'inspection et d'information

Les travaux évoqués dans le rapport précédent concernant un nouveau mode de surveillance dans le secteur des foyers pour personnes âgées et foyers médicalisés – qui aurait le double avantage d'uniformiser la pratique et de l'harmoniser avec la

zum Ziel hat – wurden soweit abgeschlossen, dass das entsprechende Konzept im kommenden Jahr – verbunden mit einer Intensivierung der Aufsichtstätigkeit – erprobt werden kann.

Das Fürsorgeinspektorat führte im Berichtsjahr erstmals systematisch und erfolgreich Grundkurse für Mitglieder der Gemeindefürsorgebehörden durch. Diese Kurse – sie bezwecken die Hebung der Fachkompetenz der Gemeindefürsorgebehörden – waren zuvor gemeinsam mit den Regierungsstatthaltern sowie dem Verband Bernischer Gemeinden konzipiert und evaluiert worden.

Die Bemühungen der Fachgruppe «Sozialberatung» um ein flächendeckendes Angebot von professioneller Sozialarbeit im Fürsorge- und Vormundchaftswesen der Gemeinden zeitigten wiederum einen Fortschritt. Ende des Berichtsjahres mussten nur noch 18 Prozent der Bevölkerung im Kanton Bern auf einen eigenen Sozialdienst verzichten.

Die nachstehende Statistik gibt einen Überblick über die praxisbezogenen Tätigkeiten des Fürsorgeinspektorates

Tätigkeiten	Anzahl
Grundkurse	14
Beratungen von Fürsorgebehörden	34
Beratungen von Sozialdiensten	138
Aufsichtsbesuche in Alters- und Pflegeheimen sowie Behinderteneinrichtungen	226
Beratungen im Spitex-Bereich	37
Mitwirkung an Projekten zur Einführung professioneller Sozialarbeit	9
Vorträge	24

Daneben nahm das Fürsorgeinspektorat in unzähligen Einzelfällen seine traditionelle Rolle als Informations- und Beratungsstelle für Fürsorgefragen wahr.

2.3.3 Kreisfürsorgeinspektorinnen und -inspektoren

Aufgrund der Ergebnisse der im Vorjahresbericht erwähnten Infragestellung dieses Milizamtes fasste die Direktion den Grundsatzentscheid, dieses im Zuge der nächsten Fürsorgegesetzgebung aufzuheben. Bis dahin entscheiden die Regierungsstatthalter aufgrund des Bedürfnisses darüber, ob Vakanz zu ersetzen seien oder nicht.

2.3.4 Staatliche und private Schulheime

2.3.4.1 Allgemeines

Im Berichtsjahr wurden für 1644 Kinder (Vorjahr 1540) Schulkostenbeiträge und für 1285 behinderte Kinder (Vorjahr 1211) Staatsbeiträge ausgerichtet. Dies entspricht Zunahmen von 6,7 bzw. gut 6 Prozent.

2.3.4.2 Staatliche Schulheime

Überschattet wurde das Jahr vom völlig unerwarteten Tod im September von Andreas Büttiker, Vorsteher der Kantonalen Sprachheilschule Münchenbuchsee. Andreas Büttiker war während zehn Jahren ein hervorragender Leiter dieser Institution. Sein Ansehen war gesamtschweizerisch in Sprach- und

nouvelle politique du 3^e âge – ont été menés à leur terme, si bien qu'il sera possible d'en évaluer les effets dans l'année qui vient, tout en renforçant les activités d'inspection.

Au cours de cet exercice, l'Inspection des œuvres sociales a organisé pour la première fois de manière systématique et fructueuse des cours de base à l'intention des autorités communales des œuvres sociales. Ces cours, qui visent à accroître la compétence de ces autorités dans le domaine des œuvres sociales, ont été mis sur pied et évalués au préalable en collaboration avec les préfets ainsi que l'Association des communes du canton de Berne.

Les travaux du groupe «Consultation sociale» en vue d'une offre la plus large possible de services sociaux communaux en matière d'œuvres sociales et de tutelle ont enregistré de nouveaux progrès. A la fin de l'exercice, seuls 18 pour cent de la population du canton de Berne étaient encore privés de services sociaux.

Les statistiques qui suivent donnent un aperçu des activités de l'Inspection des œuvres sociales:

Activités	Nombre
Cours de base	14
Information des autorités des œuvres sociales	34
Information des services sociaux	138
Inspection des foyers pour personnes âgées, des foyers médicalisés et des institutions pour handicapés	226
Consultation sur le thème du maintien à domicile	37
Collaboration à des projets de mise en place de services sociaux	9
Exposés	24

L'Inspection des œuvres sociales a en outre exercé dans de très nombreux cas individuels son rôle de centre d'information et de conseil pour des questions touchant aux œuvres sociales.

2.3.3 Inspecteurs et inspectrices d'arrondissement des œuvres sociales

Sur la base des résultats de la remise en question de cette activité de milice évoquée dans le précédent rapport, la Direction a pris la décision de principe de la supprimer dans le cadre de la prochaine législation sur les œuvres sociales. Jusque là, les préfets seront chargés de juger selon les besoins s'il faut ou non repourvoir les postes vacants.

2.3.4 Foyers scolaires cantonaux et privés

2.3.4.1 Généralités

Au cours de l'exercice, la contribution aux frais d'instruction a été accordée à 1644 enfants (contre 1540 l'année précédente) tandis que la contribution de l'Etat aux enfants handicapés a été versée dans 1285 cas (pour 1211 l'année précédente). Cela représente une augmentation de 6,7 pour cent et de 6 pour cent respectivement.

2.3.4.2 Foyers scolaires de l'Etat

L'année a été assombrie par le décès brutal en décembre de M. Andreas Büttiker, responsable de l'Ecole de logopédie de Münchenbuchsee. M. Andreas Büttiker a effectué pendant dix ans un travail remarquable à la tête de cette institution. Il jouissait d'une très grande renommée au niveau national dans le

vor allem Hörbehindertenkreisen sehr hoch. Sein Einsatz für «seine» Kinder, «sein» Personal und für die Sache behinderter Menschen ganz allgemein wird unvergessen bleiben. Mit Amtsantritt am 1. Januar 1992 wählte der Regierungsrat als Nachfolger den bisherigen Oberlehrer und Vorsteherstellvertreter Alfred Pauli. Dieser hatte nach dem Hinschied seines Vorgängers die Leitung der Sprachheilschule ad interim ausserordentlich umsichtig sichergestellt.

Auf Mitte Jahr trat das Ehepaar Troxler von der Leitung des Schulheimes Schloss Erlach zurück. Als neues Vorsteherehepaar wählte der Regierungsrat Heinz und Dorothee Rätz-Stich. Beide haben sich der neuen Aufgabe mit viel Engagement angenommen.

Das Schulheim Landorf Köniz, dem ein Landwirtschaftsbetrieb angegliedert ist, soll umfassend saniert werden. Es ist vorgesehen, die alten Gebäude den heutigen Bedürfnissen anzupassen. Nach der Sanierung sollen wiederum ca. 42 Plätze zur Verfügung stehen. Die Arbeiten am Bauprojekt stehen vor dem Abschluss. Bedarfsabklärungen haben ergeben, dass die Schulheimplätze in Landorf einem Bedürfnis entsprechen.

Im Rahmen der Bemühungen um einen ausgeglichenen Finanzhaushalt beantragte die Fürsorgedirektion die Schliessung des Schulheims Oberbipp auf Ende 1994. Der Fürsorgedirektor orientierte im Sommer des Berichtsjahres die Vorsteherschaft, das Personal und die Aufsichtskommission. In der Dezember-session stimmte der Grosse Rat dem Antrag zu. Da im Rahmen dieses Entscheides im Grossen Rat verschiedentlich über die Gründe für die Schliessung orientiert worden ist, brauchen diese im vorliegenden Bericht nicht nochmals erwähnt werden.

domaine des problèmes de langage et de surdité. Nous le garderons tous en mémoire pour son engagement pour «ses» enfants, «son» personnel et pour la cause des handicapés. Le Conseil-exécutif lui a choisi comme remplaçant son suppléant M. Alfred Pauli, dont l'entrée en fonction est prévue pour le 1^{er} janvier 1992. M. Pauli avait exercé l'intérim avec compétence après le décès de M. Büttiker.

En milieu d'année, M. et M^{me} Troxler ont abandonné la direction du foyer scolaire du Château de Cerlier. Le Conseil-exécutif a élu pour les remplacer M. et M^{me} Rätz-Stich. Tous deux ont commencé leur tâche avec beaucoup d'engagement.

Le foyer scolaire de Landorf à Köniz, doté d'une exploitation agricole, doit être complètement transformé. Il est prévu d'adapter les bâtiments aux besoins actuels. A l'issue des transformations, le foyer disposera d'environ 42 places. Les travaux d'élaboration du projet de construction sont près d'être achevés. Une étude a fait apparaître que le nombre de places du foyer correspond aux besoins.

Dans le cadre des efforts visant au rétablissement de l'équilibre financier, la Direction des œuvres sociales a proposé de fermer le foyer d'Oberbipp à la fin 1994. Le Directeur des œuvres sociales a mis au courant de cette mesure la direction, le personnel et la commission d'inspection de cet établissement au cours de l'été de l'exercice sous rapport. Durant la session de décembre, le Grand Conseil a approuvé la proposition. Les diverses raisons ayant conduit à cette fermeture ayant été exposées lors du débat au Grand Conseil, il n'est pas nécessaire d'y revenir dans ce rapport.

Tabelle 1 – Unterstützungsausgaben des Staates

Wohnort der Unterstützten	Fälle Cas	Personen Personnes	Total Fr.
a) Berner in andern Kantonen			
Zürich	541	710	
Luzern	116	177	
Uri	1	1	
Schwyz	17	20	
Obwalden	3	4	
Nidwalden	3	8	
Glarus	5	6	
Zug	11	16	
Freiburg	33	51	
Solothurn	145	219	
Basel-Stadt	292	376	
Basel-Land	142	252	
Schaffhausen	34	52	
Appenzell AR	18	34	
Appenzell IR	4	9	
St. Gallen	108	157	
Graubünden	17	25	
Aargau	116	211	
Thurgau	67	125	
Tessin	14	26	
Waadt	145	205	
Wallis	36	69	
Neuenburg	99	133	
Genf	144	184	
Jura	20	29	

Total 2 131 3 099

b) Berner im Ausland

Deutschland	70	99	
Frankreich	26	26	

Total 96 125

c) «Heimkehrer»

43 43

Tableau 1 – Dépenses d'assistance de l'Etat

Anteil des Wohnkantons Quote-part	Ausgaben Dépenses Fr.	Einnahmen Recettes Fr.	Domicile des assistés
(Bei Bernern in andern Kantonen nur heimatliche Anteile) (Pour Bernois dans d'autres cantons, seulement quotes-parts d'origine)			
	2 930 959	846 012	a) Bernois dans d'autres cantons
	630 091	321 571	Zurich
	7 346	–	Lucerne
	208 132	29 222	Uri
	6 199	915	Schwyz
	34 431	4 482	Obwald
	22 266	7 422	Nidwald
	69 232	12 882	Glaris
	234 503	66 389	Zoug
	992 162	389 699	Fribourg
	2 175 116	870 661	Soleure
	1 325 519	440 161	Bâle-Ville
	237 031	65 809	Bâle-Campagne
	76 906	6 992	Schaffhouse
	25 965	7 800	Appenzell Rh.-Ext.
	608 470	115 012	Appenzell Rh.-Int.
	149 518	48 363	Saint-Gall
	601 342	184 406	Grisons
	435 221	86 906	Argovie
	77 637	–	Thurgovie
	875 850	293 068	Tessin
	192 347	75 357	Vaud
	450 459	202 730	Valais
	994 107	473 106	Neuchâtel
	169 103	95 496	Genève
			Jura

Total 13 529 912 4 644 461 Total

b) Bernois à l'étranger

Allemagne	928 000	29 768
France	163 846	6 750

Total 1 091 846 36 518 Total

c) Bernois revenus dans leur canton

Wohnort der Unterstützten	Fälle Cas	Personen Personnes	Total Fr.	Anteil des Wohnkantons Quote-part	Ausgaben Dépenses Fr.	Einnahmen Recettes Fr.	Domicile des assistés
					(Bei Bernern in andern Kantonen nur heimatliche Anteile) (Pour Bernois dans d'autres cantons, seulement quotes- parts d'origine)		
d) Zusammenzug							d) Récapitulation
Berner in andern Kantonen	2 131	3 099			13 529 912	4 644 461	Bernois dans d'autres cantons
Berner im Ausland	96	125			1 091 846	36 518	Bernois à l'étranger
«Heimkehrer»	43	43			1 287 950	967 067	Bernois revenus dans leur canton
Total	2 270	3 267			15 909 708	5 648 046	Total
e) Aufgliederung der Einnahmen							e) Répartition des recettes
Unterhalts- und Verwandtenbeiträge				833 142			Aliments et contributions familiales
Rückerstattungen der Unterstützten und ihrer Erben				816 667			Restitutions par des assistés et leurs héritiers
Alters-, Hinterlassenen- und Invaliden- renten, Ergänzungsleistungen				2 391 385			Rentes de vieillesse, de survivants et d'invalides, prestations complémentaires
Andere Einnahmen (Schulungskosten- beiträge, Stipendien, Vergütungen pflichtiger Gemeinden)				1 606 852			Autres recettes (contributions aux frais de formation scolaire, bourses, remboursements de communes tenues à l'assistance)
Total Einnahmen						5 648 046	Total des recettes
f) Kantonsfremde	40	40			65 065	–	f) Etrangers au canton
Total	2 310	3 307			15 974 773	5 648 046	Total
Reinausgaben					10 326 727		Dépenses nettes
g) Vergleiche				g) Comparaison			
	Fälle Cas		Rohausgaben Dépenses brutes Fr.		Einnahmen Recettes Fr.		Reinausgaben Dépenses nettes Fr.
1991	2 310		15 974 773		5 648 046		10 326 727
1990	2 101		12 533 634		4 697 048		7 836 586
1989	1 903		11 349 531		4 617 911		6 731 620
1988	2 453		11 223 891		4 635 200		6 588 691
1987	2 221		11 112 659		4 415 738		6 696 921
1986	2 386		10 994 986		4 023 679		6 971 307
1985	2 429		11 175 817		3 983 893		7 191 924
1984	2 434		10 483 242		3 740 549		6 742 693
1983	2 320		8 809 434		3 468 685		5 340 749
1982	2 187		7 634 731		3 419 152		4 215 579
1981	2 209		6 670 602		3 840 645		2 829 957
1980	2 924		7 569 049		4 213 551		3 355 498
1979	5 259		12 029 686		6 840 946		5 188 740
1978	5 899		17 713 910		9 924 299		7 789 611
1977	5 614		17 996 002		10 133 633		7 862 369
1976	5 455		17 435 410		10 174 709		7 260 701
1975	5 143		15 328 923		10 001 354		5 327 569
1974	5 286		13 516 179		9 538 883		3 977 296
1973	5 534		13 750 061		9 190 265		4 559 796
1972	5 916		11 666 717		7 355 166		4 311 551
1971	6 021		11 381 763		7 338 685		4 043 078
1970	6 234		11 096 669		6 753 076		4 343 593
1965	8 428		11 616 854		4 640 053		6 976 801
1960	10 003		10 795 341		3 120 969		7 674 372
1955	10 688		9 497 538		1 825 750		7 671 788
1950	11 791		8 655 288		1 344 293		7 310 995

¹ Vergütungen pflichtiger Gemeinden

¹ Remboursements des communes tenues à l'assistance

2.4 Abteilung Planung, Bau und Betrieb

Die Abteilung Planung, Bau und Betrieb ist administrativ der Gesundheitsdirektion zugeordnet. Als gemeinsame Abteilung ist sie jedoch für beide Direktionen tätig. Im Bereich Fürsorge wurden im Berichtsjahr folgende Aufgaben wahrgenommen.

2.4 Service de planification, de construction et d'exploitation

Quoique dépendant de la Direction de l'hygiène publique, le Service de planification, de construction et d'exploitation traite également les affaires de la Direction des œuvres sociales. C'est donc un service commun aux deux Directions. Dans le domaine des œuvres sociales, le Service de planification, de construction et d'exploitation s'est occupé des questions suivantes:

2.4.1 *Alterspolitik 2005*

Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten an der integrierten, auf die Stützung der Selbständigkeit, der Selbsthilfe und der Wahlfreiheit von älteren Personen und Langzeitpatienten ausgerichteten Alterspolitik 2005 fortgeführt.

Die Auswertung der Vernehmlassung zum Bericht «Alterspolitik 2005; Alt werden im Kanton Bern» (vgl. Verwaltungsbericht 1990) zeigte, dass die Grundideen des Berichtes grundsätzlich begrüsst werden. Verschiedentlich wurde darauf hingewiesen, dass klare Aussagen zu den Kostenfolgen der anvisierten neuen Alterspolitik noch fehlten.

Ausgehend von den im Altersbericht vertretenen Grundideen, ergänzt und konkretisiert durch die Ergebnisse der Vernehmlassung, wurden in der Folge «Leitbild und Grundsätze zur Alterspolitik 2005» entwickelt. Sie sollen innerhalb des Zeithorizontes 2005 als Orientierungsrahmen für alterspolitische Massnahmen dienen und integrieren auch das vorgesehene Leitbild für die Langzeitbetreuung. Im übrigen wurden im Berichtsjahr Grundlagen zu Kosten und möglichen zukünftigen Finanzierungsmodellen in der Altershilfe erarbeitet und Daten für eine ergänzte und verbesserte Neuauflage des Altersberichtes zusammengetragen. Zusätzlich liegen Entwürfe für verschiedene Materialien zur Alterspolitik (Anregungen für die Planung in den Gemeinden, Spitex-Ratgeber für Anbieter, Dokumentationsordner für die Gemeindekrankenpflege) vor. Die verschiedenen Aspekte der Alterspolitik 2005 wurden in mehreren Sitzungen des verwaltungsinternen «Spitex-Ausschusses» vorbesprochen und an zwei Sitzungen des «Spitex-Anhörungsgremiums» mit Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Interessengruppen diskutiert.

Das Beschlusspaket zur Alterspolitik 2005 ist nun soweit fertig, dass es nach einer Vernehmlassung dem Grossen Rat voraussichtlich Ende 1992 zur Beratung vorgelegt werden kann.

Positive Auswirkungen der Diskussionen um die Alterspolitik 2005 sind bereits sichtbar: Einige Gemeinden im Kanton Bern sind daran, Altersplanungen zu erstellen, die sich an den Ideen der Alterspolitik 2005 orientieren.

Um eine Statistik über Gemeindekrankenpflege/Hauspflege/Haushilfe aufzubauen, wurden im Berichtsjahr 60 Gemeinden für eine Probeerhebung angeschrieben. Die eingegangenen 40 Antworten wurden ausgewertet, und die Gesundheits- und Fürsorgedirektion hofft, in der 2. Hälfte des Jahres 1992 eine zukünftig regelmässig durchzuführende Erhebung starten zu können.

2.4.1 *Politique du 3^e âge 2005*

Au cours de l'exercice se sont poursuivis les travaux en vue de l'établissement d'une politique intégrée du 3^e âge 2005, qui repose sur l'autonomie et la liberté de choix des personnes âgées et des patients de longue durée.

Les premiers résultats de la consultation suite au rapport «Politique du 3^e âge 2005; devenir vieux dans le canton de Berne» (cf. rapport de gestion 1990) ont montré que les principes de base évoqués dans le rapport ont été bien accueillis. Cependant, des données claires en ce qui concerne les retombées financières de cette nouvelle politique du 3^e âge manquent encore.

Sur la base des principes de base exposés dans le rapport sur le 3^e âge, complétés et concrétisés par les résultats de la consultation, un projet sur «les grandes orientations de la politique du 3^e âge 2005» a été élaboré. Il aura pour rôle d'ici à 2005 de former un cadre d'orientation pour les mesures en matière de politique du 3^e âge. Il inclut aussi les principes directeurs prévus pour la prise en charge de longue durée. En outre, des données de base concernant les coûts et les modèles possibles de financement de l'aide au 3^e âge ont été élaborées au cours de l'exercice. Des données ont également été rassemblées en vue d'une nouvelle version complétée et améliorée du rapport sur le 3^e âge. On dispose en plus de projets pour l'élaboration de divers instruments servant la politique du 3^e âge (incitations à la planification dans les communes, guide SPITEX, documentation sur les services de soins à domicile). Les différents aspects de la politique du 3^e âge 2005 ont été discutés tout d'abord lors de plusieurs séances du comité SPITEX interne à la Direction, puis lors de deux séances comprenant aussi des représentants et représentantes des groupes d'intérêt concernés.

L'élaboration de l'ensemble des mesures prévues dans le cadre de la politique du 3^e âge 2005 en est maintenant au stade de l'achèvement, si bien que le Grand Conseil pourra probablement en délibérer à la fin 1992 après la conclusion de la procédure de consultation.

On peut déjà noter des effets positifs à la discussion sur la politique du 3^e âge 2005: quelques communes en sont au stade de la planification en matière de 3^e âge dans le respect des principes de la politique du 3^e âge 2005.

Afin d'établir une statistique sur les soins à domicile, l'aide ménagère et l'aide familiale, 60 communes ont été sollicitées au cours de l'exercice pour répondre à un questionnaire. Les 40 réponses obtenues ont été évaluées, et la Direction de l'hygiène publique et des œuvres sociales espère pouvoir entamer lors du second semestre 1992 la tenue de statistiques régulières.

2.4.2 *Baubeiträge an Fürsorgeinstitutionen*

Im Berichtsjahr wurden für 44 (Vorjahr 41) Projekte mit Gesamtkosten von 31,8 (18,3) Mio. Franken insgesamt 25,4 (12,1) Mio. Franken an Beiträgen sowie lastenverteilungsberechtigten Kosten bewilligt. 27 (21) Projekte, wovon 17 (16) Kredite zugunsten von Altersheimen, werden im System der Lastenverteilung von den Gemeinden finanziert. Die hierfür ermittelten lastenverteilungsberechtigten Kosten belaufen sich auf 12,2 (5,6) Mio. Franken. Die übrigen 17 (20) Projekte mit Gesamtkosten von 18,1 (12,3) Mio. Franken werden aus Krediten der Direktion mit 13,2 (6,5) Mio. Franken direkt subventioniert.

2.4.2 *Subventions à la construction d'institutions de prévoyance sociale*

En cours d'exercice, 44 projets (contre 41 en 1990), totalisant 31,8 millions de francs (contre 18,3), ont été approuvés. Les subventions et les frais portés à la répartition des charges ont atteint 25,4 millions de francs (contre 12,1). 27 projets (21), dont 17 (16) pour des foyers pour personnes âgées, seront financés par les communes dans le cadre du système de la répartition des charges. Les frais admis à la répartition des charges portent sur 12,2 millions de francs (5,6). Les 17 (20) autres projets, d'un montant total de 18,1 millions de francs (contre 12,3) seront subventionnés à raison de 13,2 millions de francs (6,5) par la Direction elle-même.

2.4.3 *Anlehr- und geschützte Werkstätten sowie Wohnheime für Behinderte*

Nach wie vor ist die Nachfrage vor allem nach Wohnheimplätzen für Schwerbehinderte im ganzen Kanton gross. Einige eingereichte Projekte mussten aufgrund der angespannten Finanzlage vorläufig zurückgestellt werden, obschon das Bedürfnis ausgewiesen ist. Es ist vorauszusehen, dass Nachholbedarf entstehen wird.

2.4.4 *Altersheimplanung*

Ende des Berichtsjahres präsentiert sich der Stand der Realisation der Altersheimplanung 1981 (inkl. Nachtrag von 1988) wie folgt:

Altersheimplanung 1981 inkl. Nachtrag 1988: Stand der Realisation Ende 1991

	Anzahl Heime			Anzahl Plätze		
	1.7.81 ¹	31.12.90	31.12.91	1.7.81	31.12.90	31.12.91
Bestand	73	115 ²	118	3358	5499 ²	5600 ⁴
Im Bau	10	4	1	403	157	45
In Projektierung	21	5	4 ³	1001	128	105 ³
Planungsabsicht	9	1	2	462	24	47
Total	113	125	125	5224	5808	5797⁴

¹ Genehmigung Altersheimplanung

² Zahl gegenüber Verwaltungsbericht 1990 bereinigt

³ Ein Projekt wurde 1991 aus baurechtlichen Gründen von «in Projektierung» in «Planungsabsicht» zurückgestuft.

⁴ Im Laufe des Berichtsjahres 1991 wurden 3 – 1990 noch im Bau befindliche – Altersheime mit insgesamt 112 Plätzen neu in Betrieb genommen. Bei der Gesamtrenovation eines Heimes wurden 11 Betten aufgehoben.

Im Berichtsjahr konnten 112 Plätze neu in Betrieb genommen werden. Seit der Genehmigung der Planung im Jahre 1981 sind somit 2244 Plätze neu geschaffen worden. Damit sind heute 96 Prozent der in der in der Planung (inkl. Nachtrag 1988) vorgesehenen Altersheimplätze in Betrieb.

2.4.5 *Kantonale Heimplanung*

Das Bundesgesetz über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug vom 5. Oktober 1984 sieht vor, dass Erziehungsheime nur Anspruch auf Bau- und Betriebsbeiträge erheben können, wenn der Bedarf für die Einrichtung aufgrund einer kantonalen Planung nachgewiesen ist. Im Berichtsjahr wurden die planerisch wichtigen Grunddaten der Erziehungsheime für das Jahr 1990 erhoben und zusammen mit den Grunddaten der Jahre 1988 und 1989 in einen Bericht zuhanden des EJPD zusammengestellt.

2.4.5.1 Bericht über die Lage der Schulheime für verhaltensbehinderte und sozial benachteiligte Kinder im Kanton Bern

Im Zusammenhang mit dem Umbau- und Neubauprojekt des Schulheimes Landorf in Köniz verlangte die Staatswirtschaftskommission des Grossen Rates einen Bericht über die Lage der

2.4.3 *Ateliers protégés et de formation élémentaire et foyers/appartements pour handicapés*

Comme au cours des années précédentes, c'est surtout dans le domaine des places en foyers pour les handicapés profonds que la demande est forte dans tout le canton. Malgré cela, certains projets ont dû être ajournés en raison de la situation financière. Des besoins supplémentaires sont donc à envisager pour l'avenir.

2.4.4 *Planification des foyers pour personnes âgées*

La concrétisation de la planification des foyers pour personnes âgées de 1981 (supplément de 1988 compris) s'est traduite en fin d'exercice comme suit:

Planification des foyers pour personnes âgées de 1981, complément de 1988 compris: état des réalisations fin 1991

	Nombre de foyers			Nombre de lits		
	1.7.81 ¹	31.12.90	31.12.91	1.7.81	31.12.90	31.12.91
En service	73	115 ²	118	3358	5499 ²	5600 ⁴
En construction	10	4	1	403	157	45
En projet	21	5	4 ³	1001	128	105 ³
Envisagés	9	1	2	462	24	47
Total	113	125	125	5224	5808	5797⁴

¹ En conformité avec la planification des foyers pour personnes âgées.

² Chiffre modifié par rapport au rapport de gestion 1990.

³ Pour des raisons ayant trait au droit des constructions, un projet de 1991 est passé du secteur «en projet» au secteur «envisagé».

⁴ Au cours de l'exercice sous rapport, 3 foyers (qui étaient à l'état de construction en 1990) offrant le total de 112 lits ont été ouverts. Onze lits ont été supprimés lors de la rénovation totale d'un foyer.

Durant l'exercice, 112 nouvelles places ont été créées, ce qui porte à 2224 places le nombre de nouvelles places exploitées depuis l'approbation de la planification de 1981. C'est ainsi que 96 pour cent des places en foyers pour personnes âgées prévues par la planification (supplément de 1988 compris) sont aujourd'hui ouvertes.

2.4.5 *Planification cantonale des foyers*

La loi fédérale du 5 octobre 1984 sur les prestations de la Confédération dans le domaine de l'exécution des peines et mesures dispose que les foyers d'éducation ne peuvent prétendre à des subventions à la construction et à l'exploitation que si une planification cantonale ou intercantonale montre qu'ils répondent à un besoin. Au cours de l'exercice, on a collecté, pour les foyers d'éducation, les données de base de 1990 requises pour la planification. On les a rassemblées avec les données des années 1988 et 1989 dans un rapport à l'intention du DFJP.

2.4.5.1 Rapport sur les foyers scolaires pour enfants inadaptés et socialement défavorisés du canton de Berne

A l'occasion du projet de transformation et de nouvelle construction du foyer scolaire de Landorf à Köniz, la Commission de gestion du Grand Conseil a demandé un rapport sur la situation

Schulheime im Kanton Bern. Im Berichtsjahr wurden wichtige Grunddaten von insgesamt neun Institutionen, die verhaltensbehinderte und sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche betreuen, erhoben und zu einem Bericht zusammengestellt. Der Bericht soll den zuständigen Organen (Geschäftsprüfungskommission und Finanzkommission) zusammen mit dem Bauprojekt Landorf Köniz vorgelegt werden.

2.4.5.2 Bericht über die stationären und ambulanten Institutionen für Alkoholranke im Kanton Bern

Im Zusammenhang mit der Eingabe von mehreren Bauprojekten von Institutionen für Alkoholranke wurde im Herbst des Berichtsjahres eine direktionsinterne Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Aufgabe hat, einen Bericht über das Angebot von stationären und ambulanten Institutionen im Kanton Bern zu verfassen. Die Arbeitsgruppe hat sich zu einer ersten konstituierenden Sitzung getroffen.

2.4.6 Berufsbildung

2.4.6.1 Grundsatzfragen

Im Verlaufe des Berichtsjahres hat eine breit abgestützte Vorbereitungsgruppe die Arbeiten zur Schaffung einer Informations- und Werbestelle «Drehscheibe» über die Berufe und Tätigkeiten im Gesundheits- und Sozialwesen des Kantons Bern aufgenommen. Dem Projekt liegt die demographische Entwicklung zugrunde, welche einen steigenden Bedarf an Betreuungs- und Pflegepersonal zur Folge hat. Der Regierungsrat wird im Frühjahr 1992 über die Inbetriebsetzung der Stelle befinden.

Im Berichtsjahr wurde das Vernehmlassungsverfahren zum Bundesgesetz über die Finanzhilfen an die Höheren Fachschulen im Sozialbereich des Eidgenössischen Departementes des Innern abgeschlossen und die Vorlage bereinigt. Das Gesetz soll auf den 1. Januar 1993 in Kraft treten.

2.4.6.2 Schulen/Ausbildungsprogramme

Ausbildungsabschlüsse: An der Bernischen Schule für Aktivierungstherapie in Bärau/Langnau konnte im Herbst der erste berufsbegleitende Ausbildungsgang für Aktivierungstherapeutinnen und -therapeuten nach drei Jahren erfolgreich abgeschlossen werden.

Nachdem die Sektion Bern-Mittelland des Schweizerischen Roten Kreuzes seit Jahren Grundpflegekurse für Rotkreuzpflegehelferinnen durchführt, wurde erstmals eine weiterführende Laienschulung angeboten. Der ein Jahr dauernde und praxisbegleitende Pilotkurs für Langzeit- und Betagtenpflegehelferinnen konnte im Herbst des Berichtsjahres mit Erfolg abgeschlossen werden. Die Erfüllung der Vorgaben gemäss Schulplanung steht noch aus. Die Sektion Biel-Seeland beabsichtigt ebenfalls, entsprechende Kurse zu veranstalten.

Neue Wege in der Berufsbildung: Neue Wege bei Ausbildungskonzeptionen wurden von verschiedenen Schulen beschritten, indem sowohl ausbildungspolitische als auch gesundheits- und sozialpolitische Entwicklungen einbezogen wurden: So wurde an den Hauspflegerinnenschulen Bern und Biel gemeinsam mit der Vereinigung kantonbernischer Hauspflegeorganisationen ein Projekt zur Neugestaltung der Ausbildung in Hauspflege unter Berücksichtigung neuer Anforderungsprofile in der Praxis bearbeitet. Der Regierungsrat wird im

des foyers scolaires dans le canton de Berne. Au cours de l'exercice sous rapport ont été collectées et rassemblées dans un rapport des données importantes pour environ neuf institutions qui ont en charge les enfants et les jeunes inadaptés et socialement défavorisés. Le rapport doit être soumis aux organes compétents (Commission de gestion et Commission des finances) avec le projet concernant le foyer de Landorf.

2.4.5.2 Rapport sur les établissements hospitaliers et ambulatoires pour alcooliques dans le canton de Berne

En raison de l'existence de plusieurs projets de construction d'institutions pour alcooliques, la Direction a mis sur pied un groupe de travail en automne de l'année sous rapport. Ce groupe de travail doit établir un rapport sur l'état de la demande en institutions hospitalières et ambulatoires dans le canton de Berne. La séance constitutive du groupe a déjà eu lieu.

2.4.6 Formation professionnelle

2.4.6.1 Généralités

Au cours de l'exercice, un groupe préparatoire largement représentatif a entrepris les travaux pour la création d'un Centre d'information sur les professions de la santé publique et de la prévoyance sociale dans le canton de Berne. Ce projet a vu le jour en raison de l'accroissement de la demande en personnel d'encadrement et de soins consécutif à la poussée démographique. Le Conseil-exécutif se prononcera au printemps 1992 sur la mise en activité du service.

L'exercice sous rapport a vu la conclusion de la procédure de consultation concernant la loi fédérale sur le subventionnement des écoles supérieures de travail social entamée par le Département fédéral de l'intérieur. Le projet a été remanié et la loi devrait entrer en vigueur le 1^{er} janvier 1993.

2.4.6.2 Ecoles/programmes de formation

Conclusion de formations: après trois ans de cours, le premier cycle de formation en cours d'emploi pour les thérapeutes d'animation de l'Ecole bernoise de thérapie d'animation du foyer médicalisé de Bärau/Langnau s'est achevé en automne avec succès.

Après avoir créé, il y a plusieurs années déjà, un cours de soins préparant à la profession d'auxiliaire de santé de la Croix-Rouge suisse (CRS), la section Berne-Mittelland de la CRS a pour la première fois mis un cours de formation à la disposition des amateurs. Le cours pilote en cours d'emploi d'une durée d'un an pour les aides soignantes pour l'encadrement de longue durée et l'assistance des personnes âgées s'est achevé avec succès à l'automne. Il reste à remplir les objectifs fixés par la planification scolaire. La section Bienne-Seeland envisage également d'organiser de tels cours.

Nouvelle conception de la formation professionnelle: plusieurs écoles ont entrepris de mettre en œuvre la nouvelle conception de la formation professionnelle, tant du point de vue de la politique de formation que de celle de la santé et des œuvres sociales. C'est ainsi que les écoles d'aides familiales de Berne et de Bienne, en collaboration avec l'Association cantonale bernoise des organisations d'aide familiale, ont mis en pratique un projet sur la refonte de la formation dans le domaine de

Frühjahr 1992 über die Durchführung eines entsprechenden Pilotkurses entscheiden.

Hinsichtlich der 1988 von der Schuldirektion der Stadt Bern und der Direktion bei der Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule BFF Bern in Auftrag gegebenen Neukonzeption der Ausbildungen für das Personal in sozialpädagogischen Berufsfeldern konnte der Schlussbericht entgegengenommen und die Konkretisierung in Auftrag gegeben werden. 1992 soll der Regierung ein entsprechender Vorschlag zur Genehmigung vorgelegt werden.

An der Höheren Fachschule für Sozialarbeit HFS Bern ist geplant, die Ausbildung in Sozialarbeit flexibler zu gestalten, indem u.a. die Vorbildung der Kandidatinnen und Kandidaten einbezogen wird. Die Ausbildung soll vor allem in Teilzeit angeboten werden, wobei verschiedene Variationen möglich sind (z. B. Vormittags- oder Abendprogramm).

Die HFS ist beteiligt am Projekt einer Führungsausbildung für junge Berufsleute aus dem Fürsorge- und Gesundheitswesen, bei dem bereits vorhandene Ausbildungsangebote einbezogen und genutzt werden.

Die Arbeiten am Ausbildungskonzept einer Kaderausbildung für das Gesundheits- und Fürsorgewesen am Berner Kaderinstitut BKI sind soweit gediehen, dass die Vernehmlassung für Anfang 1992 festgesetzt wurde.

l'aide familiale en tenant compte des nouvelles exigences. Le Conseil-exécutif se prononcera au printemps 1992 sur la mise en place d'un cours pilote de formation correspondant.

Après avoir soumis le rapport final sur la nouvelle conception des formations professionnelles socio-pédagogiques dont l'avaient chargée la Direction de l'instruction publique de la Ville de Berne et la Direction cantonale des œuvres sociales en 1988, la «BFF Berne» a pu commencer sa mise en œuvre. En 1992, le Conseil-exécutif se prononcera sur un projet correspondant.

L'École supérieure de travail social (ESTS) de Berne prévoit l'organisation d'une formation plus souple dans laquelle la filière personnelle des candidats et candidates sera prise en compte. La formation se fera à temps partiel, avec différentes variantes possibles (p. ex. les matins ou les après-midis).

En outre, l'ESTS participe à un projet de formation en cours d'emploi pour les jeunes professionnels de la santé publique ou de l'aide sociale. Il s'agira avant tout de les faire profiter de cours de formation déjà existants.

Les travaux concernant le programme de formation de l'Institut bernois pour la formation des cadres de la santé publique et de la prévoyance sociale (IBC) ont été rondement menés, si bien que la consultation sur le projet pourra déjà avoir lieu au début 1992.

2.5 Revisorat

Die Abteilung Revisorat ist administrativ der Gesundheitsdirektion zugeordnet. Als gemeinsame Abteilung ist sie jedoch für beide Direktionen tätig. Im Bereich Fürsorge wurden im Berichtsjahr folgende Aufgaben wahrgenommen.

2.5.1 Lastenverteilung pro 1990 vom 30. April

In Tabelle 2 sind die Fürsorgeaufwendungen von Staat und Gemeinden in sechs Gruppen gegliedert aufgezeigt. Darauf sind die Verteilung der Fürsorgeaufwendungen auf Staat und Gemeinden sowie die Abweichungen gegenüber der Lastenverteilung pro 1989 ersichtlich. (Die Zahlen des Berichtsjahres liegen erst Mitte Mai des Jahres 1992 vor.)

Gemäss Dekret vom 9. September 1982 über die Verteilung der Aufwendungen für das Fürsorgewesen, III. Abschnitt, sind in der Lastenverteilung vom 30. April für das Rechnungsjahr 1990 folgende Aufwendungen enthalten:

- Unkorrigierte Fürsorgeaufwendungen pro 1990 der Gemeinden
- Korrekturen der Fürsorgeaufwendungen pro 1989 der Gemeinden
- Fürsorgeaufwendungen pro 1990 des Staates.

2.5.1.1 Kommentar zu den Abweichungen der Lastenverteilungsabrechnung 1990 gegenüber der Lastenverteilungsabrechnung 1989

Armenfürsorge
(Gesetz vom 3. 12. 1961 über das Fürsorgewesen, Art. 64 bis 72)

2.5 Service de révision

Quoique dépendant de la Direction de l'hygiène publique, le Service de révision traite également les affaires de la Direction des œuvres sociales. C'est donc un service commun aux deux Directions. Dans le domaine des œuvres sociales, le Service de révision s'est occupé des questions suivantes:

2.5.1 Répartition des charges 1990 du 30 avril

Le tableau N° 2 détaille les six groupes de dépenses d'assistance de l'Etat et des communes. Il présente la répartition des dépenses d'assistance entre l'Etat et les communes ainsi que les écarts enregistrés par rapport à la répartition des charges de 1989 (les chiffres du présent exercice ne seront disponibles qu'à la mi-mai 1992).

Conformément au décret du 9 septembre 1982 sur la répartition des charges pour les œuvres sociales, III^e chapitre, les dépenses suivantes ont été portées dans les comptes de la répartition des charges du 30 avril pour l'exercice 1990:

- les dépenses d'assistance, non corrigées, des communes pour 1990,
- les corrections des dépenses d'assistance des communes pour 1989,
- les dépenses de l'assistance de l'Etat pour 1990.

2.5.1.1 Commentaires sur les écarts enregistrés dans la répartition des charges 1990 par rapport à la répartition des charges 1989

Assistance
(Loi du 3. 12. 1961 sur les œuvres sociales, art. 64 à 72)

Gemeinden

1990 mussten 14 618 Personen unterstützt werden. Die Netto-unterstützungsausgaben pro Person betragen 3408.60 Franken.

Staat

Der Staat unterstützte 1990 3149 Personen. Pro Person ergaben sich Nettounterstützungsausgaben von 2649.10 Franken.

Zuschüsse für minderbemittelte Personen

Dekret vom 16. 2. 1971/17. 11. 1976/15. 11. 1977 sowie Regierungsratsbeschluss vom 25. 11. 1981

Zuschüsse werden nur von den Wohnsitzgemeinden ausgerichtet. Unterstützt wurden 1990 4874 Personen. Die Netto-unterstützungsausgaben pro Zuschussbezüger beliefen sich auf 3429.40 Franken. Die öffentliche Fürsorge kann einem ihrer Grundsätze, nämlich demjenigen der Hilfe zur Selbsthilfe, nur noch teilweise gerecht werden. Die nachstehenden besonderen Faktoren sind vorwiegend verantwortlich für die Lage der Betroffenen:

- Gesundheitskosten (Krankenkassenprämien/-selbstbehalte, Zahnarztrechnungen usw.)
- Wohnungsmieten bzw. nicht vorhandene preisgünstige Wohnungen
- Rationalisierungsmassnahmen auf dem Arbeitsmarkt und damit verbunden der erschwerte Zugang zu geeigneten neuen Arbeitsstellen

Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen

(Verordnung vom 29. 6. 1962 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für besondere Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen)

Gemeinden

Die Erhöhung schlug sich vor allem in den Bereichen Tageselternvereine, Kinderkrippen, Gemeindekrankenpflege, Haushilfe und Aufwendungen für Alterssiedlungen nieder.

Staat

Beim Staat haben sich insbesondere die erhöhten Besoldungen im Erziehungsbereich ausgewirkt.

Fürsorgeheime

(Dekret vom 17. 9. 1968 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für Fürsorgeheime)

Diese Gruppe erhält Bau- und Einrichtungs- sowie Betriebsbeiträge für ca. 300 bernische Fürsorgeinstitutionen und mehrere ausserkantonale Heime (für Berner in Heimen ausserhalb des Kantons Bern).

Gemeinden

Die im Laufe der Jahre 1990 und 1991 neu eröffneten Altersheime in Aarberg, Evilard, Moutier, Nidau, Oberhofen, Orvin, Reconvilier, Sigriswil und St.-Immer mit entsprechenden Folgekosten (Amortisations- und Hypothekarzinsbelastungen sowie Betriebsbeiträgen) hatten Mehrbelastungen zur Folge. Daneben haben sich die Teuerung, die Realloohnerhöhung (1989/90) und die Zeitgutschrift für Nachtarbeit in höheren Personalkosten niedergeschlagen.

Staat

Der Zuwachs ist mehrheitlich auf bedeutend höhere Betriebsbeiträge an die Kinder und Jugendheime sowie an die Institutionen im Suchtbereich zurückzuführen. Diese sind die Folge

Communes

En 1990, il a fallu assister 14 618 personnes. Les dépenses d'assistance nettes par personne assistée étaient de 3408.60 francs.

Etat

En 1990, l'Etat a assisté 3149 personnes. Les dépenses d'assistance nettes par personne assistée étaient de 2649.10 francs.

Allocations spéciales en faveur des personnes de condition modeste

(Décret des 16. 2. 1981/17. 11. 1976/15. 11. 1977 et arrêté du Conseil-exécutif du 25. 11. 1981)

Seules les communes de domicile accordent des allocations spéciales. En 1990, 4874 personnes ont été assistées. Les dépenses d'assistance nettes par personne étaient de 3429.40 francs. L'un des grands principes de l'assistance sociale, l'aide à s'aider soi-même, n'a plus qu'une application limitée. La situation des personnes devant être assistées est due avant tout aux facteurs particuliers suivants:

- les dépenses de santé (primes/franchises des caisses-maladie, factures de soins dentaires, etc.);
- les loyers et la pénurie de logements bon marché;
- le rétrécissement du marché du travail et, par suite, la pénurie de postes adéquats.

Institutions spécialisées de prévoyance et d'aide sociale

(Ordonnance du 29. 6. 1962 concernant les prestations de l'Etat et des communes à des institutions particulières de prévoyance)

Communes

La hausse est surtout imputable aux domaines des associations de parents d'accueil, des crèches, des soins à domicile, de l'aide ménagère et aux dépenses relatives aux lotissements pour personnes âgées.

Etat

Dans ce domaine, c'est surtout la hausse des traitements des éducateurs et éducatrices qui est responsable de l'augmentation des dépenses.

Foyers à but social

(Décret du 17. 9. 1968 concernant les dépenses de l'Etat et des communes pour les foyers, hospices et asiles)

Ce groupe englobe les subventions à la construction, à l'aménagement et à l'exploitation de quelque 300 établissements bernois à but social et de plusieurs foyers extra-cantonaux (pour Bernois en foyers hors du canton).

Communes

L'ouverture des foyers d'Aarberg, Evilard, Moutier, Nidau, Oberhofen, Orvin, Reconvilier, Sigriswil et Saint-Imier, avec les dépenses qu'elle a entraînées (frais d'amortissement, intérêts hypothécaires, subventions d'exploitation) a eu pour conséquence d'augmenter les charges financières. En outre, des facteurs comme le renchérissement, la hausse des salaires réels (1989/1990) et les bonus-temps pour le travail accompli de nuit ont entraîné l'augmentation des frais de personnel.

Etat

L'augmentation est en grande partie imputable à la forte hausse des subventions d'exploitation en faveur des foyers pour enfants et adolescents. Cette dernière s'explique par la

von stagnierenden IV-Leistungen (fixer Beitragsplafond), der allgemeinen Teuerung und Verbesserungen des Standards.

Personalkosten

(Verordnung vom 29. 7. 1966 über die Förderung der Ausbildung von Sozialarbeitern und Verordnung vom 27. 3. 1974 über die Zulassung von Besoldungskosten für Sozialarbeiter zur Lastenverteilung)

Gemeinden

Der Ausbau der Sozialdienste hat die Besoldungs- und Weiterbildungskosten für Sozialarbeiter weiter anwachsen lassen.

Staat

Der Zuwachs hängt neben den gestiegenen Personalaufwendungen (Teuerung und Realloohnerhöhung) auch mit erhöhten Beiträgen an Berufsbildungsinstitutionen zusammen.

Total Fürsorgeaufwendungen

Insgesamt erbrachten Staat und Gemeinden 377 Mio. Franken Fürsorgeaufwendungen. Gegenüber 1989 betragen die Mehrausgaben 47,2 Mio. Franken oder 14 Prozent.

2.5.2 *Revisionsergebnisse*

9 Mio. Franken oder 3,6 Prozent der von den Gemeinden gemeldeten Fürsorgeaufwendungen konnten nicht als lastenverteilungsberechtigt anerkannt werden. Bei 126 Gemeinden wurden externe Revisionen durchgeführt. Die Fürsorgerechnungen der übrigen 286 Gemeinden wurden aufgrund der eingereichten Unterlagen auf ihre Lastenverteilungsberechtigung hin überprüft.

Gegen die Lastenverteilungsabrechnung vom 30. April haben acht Gemeinden Beschwerde erhoben. Davon konnten fünf erledigt werden. Drei Beschwerden sind zurzeit noch in Bearbeitung.

Bei den direkt subventionierten Institutionen (145) wurden im Berichtsjahr 59 externe Revisionen (1989: 39) durchgeführt. Aus personellen Gründen ist es nicht möglich, in allen Institutionen jährlich externe Buchprüfungen vorzunehmen, sondern nur alle drei bis vier Jahre. Aufgrund der eingereichten Abschlussunterlagen wurden jedoch zusätzlich noch Institutionen mit Budgetüberschreitungen sowie Einrichtungen, in denen personelle und strukturelle Probleme aufgetreten sind, überprüft. Ausserdem wurden im Berichtsjahr verschiedene externe Revisionen und Budgetberatungen von indirekt über die Gemeinden subventionierten Fürsorgeinstitutionen vorgenommen. Die Buchprüfungen führten zu Gesamtbereinigungen von rund 1600 000 Franken.

2.5.3 *Neue durch den Staat direkt subventionierte Institutionen im Fürsorgewesen 1991*

Im Berichtsjahr wurde folgenden Fürsorgeinstitutionen die erstmalige Betriebsbeitragsberechtigung erteilt:

- Hilfsmittelstelle des Vereins Betreuung Betagter in Bern-Bümpliz
- Wohnheim mit Beschäftigungsstätte für Behinderte in Worben

stagnation des prestations AI (non indexées), le renchérissement général et l'amélioration qualitative des institutions.

Frais de personnel

(Ordonnance du 29. 7. 1966 concernant l'encouragement à la formation de travailleurs sociaux et ordonnance du 27. 3. 1974 concernant l'admission des frais de traitement des travailleurs sociaux à la répartition des charges)

Communes

Les frais de traitement et de formation professionnelle des travailleurs sociaux ont encore augmenté sous l'effet du développement des services sociaux.

Etat

La hausse s'explique par l'augmentation des dépenses de personnel (renchérissement et augmentation des salaires réels) et par celle des subventions aux institutions de formation professionnelle.

Total des dépenses d'assistance

Les dépenses d'assistance de l'Etat et des communes ont totalisé 377 millions de francs, soit 47,2 millions de francs ou 14 pour cent de plus qu'en 1989.

2.5.2 *Résultats des révisions*

Neuf millions de francs soit 3,6 pour cent des dépenses d'assistance présentées par les communes n'ont pas pu être soumises à la répartition des charges. 126 communes ont fait l'objet d'une révision externe. Au vu des bouclements des comptes des œuvres sociales des 286 autres communes, on a contrôlé le bien-fondé de l'admission des dépenses à la répartition des charges.

Huit communes ont fait opposition contre le décompte de la répartition des charges du 30 avril. Cinq recours ont pu être réglés, les trois autres étant encore à l'examen.

Parmi les 145 institutions à but social bénéficiant de subventions cantonales, 59 (contre 39 en 1989) ont fait l'objet d'une révision externe au cours de l'exercice. Faute de personnel, les livres des institutions ne donnent en effet lieu à une révision externe qu'une fois tous les trois à quatre ans. On procède toutefois à l'examen, sur la base des bouclements reçus, des institutions présentant des dépassements de budget ainsi que des établissements connaissant des problèmes de structure ou de personnel. On a en outre conduit différentes révisions externes et consultations budgétaires d'institutions à but social subventionnées indirectement, par le biais des communes. Les examens des livres ont permis des apurements pour un montant total de près de 1 600 000 francs.

2.5.3 *Nouvelles institutions à but social bénéficiant de subventions cantonales en 1991*

Au cours de l'exercice se sont vues reconnaître le droit au subventionnement par l'Etat les institutions suivantes:

- Dépôt de moyens auxiliaires de l'association «Verein Betreuung Betagter» à Berne-Bümpliz
- Foyer et atelier pour handicapés de Worben

2.5.4 *Fonds für Suchtprobleme*

Dieser zweckbestimmte Fonds wird ausschliesslich durch den Bund aus dem Ertrag des eidgenössischen Alkoholmonopols gespeisen.

Rechtsgrundlagen:

- Gesetz vom 3. Dezember 1961 über das Fürsorgewesen, Artikel 32, Ziffer 4 und Artikel 136
- Dekret vom 20. Februar 1962 über die Bekämpfung des Alkoholismus, Artikel 6
- Verordnung vom 13. März 1974 über die Bekämpfung des Alkoholismus, Artikel 10

Die nachstehenden Beiträge wurden aufgrund der finanziellen Situation (Budgets und Jahresrechnungen der Beitragsempfänger wurden überprüft) ausgerichtet:

Fondsentwicklung im Berichtsjahr	Fr.
Bestand per 1. Januar 1991	1 060 363.28
zuzüglich: Anteil am Ertrag des eidgenössischen Alkoholzehntels (zweckgebundene Verwendung)	3 338 229.05
Zwischentotal	4 398 592.33
abzüglich Ausgaben: Betriebsbeiträge an die Beratungsstellen des Bernischen Verbandes für Suchtfragen und des Kantonalverbandes des Blauen Kreuzes	2 725 857.90
diverse Einzelbeiträge	570 927.65
Fondsbestand per 31. Dezember 1991	1 101 806.78

2.5.5 *Tarife*

Die kantonalen Tarifregelungen für Alters- und Pflegeheime sowie jene für erwachsene Behinderte wurden zusammen mit Praktikern überarbeitet.

Die Anpassung der Höchsttarife per 1. Januar 1992 erfolgte im Rahmen der Kostenentwicklung. Das bisherige System einer einkommens- und vermögensabhängigen Tarifierung wurde beibehalten.

Die Tarife für Gemeindefürsorge sowie für Hauspflege und Haus- und Betagtenhilfe wurden zusammen mit Verbänden der spitalexternen Krankenpflege überarbeitet. Die neuen Tarife traten per 1. Januar bzw. 1. April 1992 in Kraft. Neben einer Erhöhung der Ansätze wurden zur Verbesserung des Kostendeckungsgrades ein Zuschlag für Nacht- und Wochenendarbeit sowie eine Wegpauschale eingeführt.

2.5.6 *Fürsorgeleistungen der Burgergemeinden*

Die Beiträge der Burgergemeinden an unterstützte Bürger (sog. Bürgergutsbeiträge) bewegen sich zwischen 23 Franken bis 3178 Franken. Insgesamt beliefen sich die Bürgergutsbeiträge für das Jahr 1990 auf 242 830 Franken.

13 Burgergemeinden und die 13 Zunftgesellschaften der Burgergemeinde Bern sind auch im Berichtsjahr vollständig für ihre unterstützungsbedürftigen Mitglieder aufgekommen. 1990 betragen die Nettoaufwendungen 876 549.60 Franken.

2.5.7 *Interkantonale Heimvereinbarung*

Der Kanton Bern ist der interkantonalen Vereinbarung vom 2. Februar 1984 über die Vergütungen an Betriebsdefizite und die Zusammenarbeit zugunsten von Kinder- und Jugendheimen sowie Behinderteneinrichtungen (Heimvereinbarung) mit

2.5.4 *Fonds de lutte contre les toxicomanies*

Ce Fonds à destination déterminée est entièrement alimenté par la Confédération par le biais du produit du monopole fédéral sur les alcools. Les bases légales sont les suivantes:

- Loi du 3 décembre 1961 sur les œuvres sociales, article 32, 4^e alinéa, et article 136
- Décret du 20 février 1962 concernant la lutte contre l'alcoolisme, article 6
- Ordonnance du 13 mars 1974 concernant la lutte contre l'alcoolisme, article 10

Les subventions suivantes ont été accordées en raison de la situation financière (après examen des budgets et comptes annuels des bénéficiaires de subventions):

Evolution du Fonds au cours de l'exercice	francs
Etat au 1 ^{er} janvier 1991	1 060 363.28
augmenté de: Part du produit du monopole fédéral sur les alcools (affectation déterminée)	3 338 229.05
Total intermédiaire	4 398 592.33
diminué de: subventions aux centres de consultation de l'Association bernoise pour les questions de toxicomanie et de l'Association cantonale de la Croix-Bleue	2 725 857.90
Subventions ponctuelles	570 927.65
Etat du Fonds au 31 décembre 1991	1 101 806.78

2.5.5 *Tarifcation*

Les réglementations cantonales pour les foyers médicalisés et les foyers pour personnes âgées ainsi que pour les foyers pour handicapés adultes ont été établies en collaboration avec des professionnels.

Au 1^{er} janvier 1992, la tarification a été adaptée au coût de la vie. On a conservé le système d'une tarification en rapport avec le niveau du revenu et de la fortune.

Les tarifs concernant les soins à domicile, l'aide ménagère, l'aide familiale et l'assistance aux personnes âgées ont été élaborés en collaboration avec les associations de soins extrahospitaliers. Les nouveaux tarifs entrent en application le 1^{er} janvier 1992 pour les uns et le 1^{er} avril 1992 pour les autres. Parallèlement à la hausse des tarifs, on a procédé à l'introduction d'un supplément de salaire pour le travail de nuit et le travail de fin de semaine, ainsi que d'une indemnité forfaitaire de déplacement.

2.5.6 *Prestations d'assistance des communes bourgeoises*

Les contributions des communes bourgeoises en faveur de ressortissants assistés (ce qu'on appelle couramment les contributions des biens de bourgeoisie) oscillent entre 23 et 3178 francs. La totalité de ces contributions pour 1990 se montent à 242 830 francs.

13 communes bourgeoises et les 13 corporations de la commune bourgeoise de Berne ont cette année encore pu assister tous leurs ressortissants indigents. En 1990, les dépenses se sont montées à 876 549.60 francs.

2.5.7 *Convention intercantonale relative aux institutions*

Le canton de Berne a adhéré le 1^{er} janvier 1985 à la convention intercantonale du 2 février 1984 sur le remboursement de l'excédent des charges d'exploitation et la collaboration en faveur des institutions pour enfants et adolescents, de même que des

Wirkung am 1. Januar 1985 beigetreten. Dieser Beitritt basierte auf folgenden Rechtsgrundlagen:

- Gesetz vom 3. Dezember 1961 über das Fürsorgewesen, Artikel 18 und 139
- Dekret vom 17. September 1968 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für Fürsorgeheime, Artikel 3
- Grossratsbeschluss Nr. 3219 vom 7. November 1984

Der Kanton Bern trat dieser Vereinbarung bei, weil beim grossen Spezialisierungsgrad in der Behindertenhilfe, im Erziehungswesen und im Justizbereich für Jugendliche nicht alle Arten von Institutionen angeboten werden können. Aber auch die anderen Kantone sind dazu nicht in der Lage, weshalb eine interkantonale Zusammenarbeit unumgänglich ist. Die interkantonale Zusammenarbeit soll verhindern, dass die Heimbewohner durch verwaltungstechnische Unzulänglichkeiten benachteiligt werden.

Im Berichtsjahr wurden folgende Beiträge für ausserkantonale plazierte Bernerinnen und Berner ausgerichtet:

Kinder und Jugendliche	2 745 512.85 Franken
behinderte Erwachsene	1 283 339.50 Franken
Total	4 028 852.35 Franken

Die Abteilung Revisorat ist Verbindungsstelle für die ausserkantonalen Plazierungen und überprüft und regelt den Zahlungsverkehr mit den übrigen Kantonen. In Zusammenhang mit den in allen Kantonen angestiegenen Heimkosten ist unter der Federführung des Kantons Bern vorgesehen, im Rahmen der Nordwestschweizer Regionalkonferenz der Heimvereinbarung ein Kennzahlensystem zu entwickeln.

3. Parlamentarische Vorlagen

Keine

4. Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

4.1 Abschreibungen von Motionen und Postulaten

4.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Motion Herzig vom 31. August 1988 betreffend Unterstützung alleinerziehender Mütter, Väter und minderbemittelter Eltern (Annahme als Postulat)

Gemäss letztjährigem Verwaltungsbericht wurde die Direktion vom Regierungsrat am 17. Januar 1990 beauftragt (RRB Nr. 0123), das Zuschussdekret und/oder das Fürsorgegesetz so zu ändern, dass alleinerziehenden und minderbemittelten Eltern ein fürsorgerechter Anspruch auf materielle Unterstützung unter standardisierten Bedingungen verschafft wird. Ein Teil dieser Forderung ist bereits erfüllt, nachdem das Verwaltungsgericht mit Entscheid Nr. 18103 vom 13. Mai festgestellt hat, dass grundsätzlich ein Rechtsanspruch auf Leistungen aus dem Zuschussdekret besteht. Die Erfüllung des anderen Teils des Anliegens, nämlich die Verfeinerung der bestehenden Regelung, verbunden mit einer Erweiterung der Leistungsansprüche, wäre auf Dekretsebene möglich, doch ist es

institutions pour handicapés. Les bases légales de son adhésion sont les suivantes:

- Loi du 3 décembre 1961 sur les œuvres sociales, articles 18 et 139
- Décret du 17 septembre 1968 concernant les dépenses de l'Etat et des communes pour les foyers, hospices et asiles, article 3
- Arrêté du Grand Conseil N° 3219 du 7 novembre 1984

Si le canton de Berne est entré dans cet accord, c'est parce que pour des hauts degrés de spécialisation, il ne pouvait pas offrir lui-même tous les types d'institutions dans le domaine de l'aide aux handicapés, de l'instruction et de la justice pour les jeunes. Les autres cantons connaissant une situation analogue, cet accord est indispensable. La collaboration intercantonale doit empêcher que des ressortissants d'un canton aient à pâtir d'insuffisances d'ordre technique ou administratif.

Au cours de l'exercice, les contributions pour les Bernois et les Bernoises placés dans des institutions extracantonales ont été les suivantes:

Enfants et adolescents	2 745 512.85 francs
Adultes handicapés	1 283 339.50 francs
Total	4 028 852.35 francs

Le Service de révision sert de service de liaison en matière de placement extracantonale. Il doit en outre examiner et régler le flux des versements avec les autres cantons. Au vu de l'augmentation générale des tarifs des foyers, le canton de Berne est chargé, dans le cadre la Conférence régionale des cantons du nord-ouest de la Suisse chargée de l'application de la Convention relative aux institutions, de diriger les travaux en vue de l'élaboration d'un système d'indicateurs.

3. Textes législatifs soumis au Parlement

Aucun.

4. Interventions parlementaires (motions et postulats)

4.1 Classement de motions et postulats

4.1.1 *Classement de motions et postulats réalisés*

Motion Herzig du 31 août 1988 concernant le soutien aux mères et aux pères seuls ayant la charge d'un enfant et aux parents de condition modeste (adoptée comme postulat)

Comme le dernier rapport de gestion l'indiquait déjà, le 17 janvier 1990, le Conseil-exécutif a donné mandat à la Direction des œuvres sociales (ACE N° 0123) de modifier le décret sur les allocations spéciales et/ou la loi sur les œuvres sociales de telle façon que les pères et les mères qui élèvent seuls leurs enfants aient droit à une aide matérielle sous des conditions uniformisées. Ce mandat a déjà été réalisé en partie grâce à l'arrêt N° 18103 du Tribunal administratif du 13 mai, selon lequel le principe du droit à des allocations ressort du décret sur les allocations spéciales. L'exécution du reste du mandat, soit l'amélioration de la réglementation en vigueur assortie d'un élargissement du droit à des allocations, si elle est envisageable par le biais de la modification du décret, est cependant

Tableau 2 – Parallèle entre les répartitions des charges 1990 et 1989.

Tabelle 2 – Vergleich der Lastenverteilung 1990 und 1989.

Text	Gemeindeaufwendungen / Communes			Staatsoaufwendungen / Etat			Gesamtaufwendungen			Texte
	1990 Fr.	1989 Fr.	Abweichungen Ecart Fr./%	1990 Fr.	1989 Fr.	Abweichungen Ecart Fr./%	1990 Fr.	1989 Fr.	Abweichungen Ecart Fr./%	
Armenfürsorge	52 635 541	47 733 389	4 902 152 10,3%	8 341 998	7 225 220	1 116 778 15,5%	60 977 539	54 958 609	6 018 930 11,0%	Assistance publique
Zuschüsse	17 129 137	14 068 777	3 060 360 21,8%	-	-	-	17 129 137	14 068 777	3 060 360 21,8%	Allocations spéciales
Inkassohilfe und Bevorsorgung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder	7 003 990	6 702 409	301 581 4,5%	-	-	-	7 003 990	6 702 409	301 581 4,5%	Aide au recouvrement et avance de contribution d'entre- tien pour enfants
Wohlfahrts- einrichtungen	80 490 768	68 265 429	12 225 339 17,9%	10 617 278	9 052 743	1 564 535 17,3%	91 108 046	77 318 172	13 789 874 17,8%	Institutions de prévoyance
Fürsorgeheime	72 381 962	63 453 538	8 928 424 14,1%	102 644 120	91 491 444	11 152 676 12,2%	175 026 082	154 944 982	20 081 100 13,0%	Foyers, hospices
Personalkosten	19 189 693	16 238 913	2 950 780 18,2%	6 770 996	5 764 069	1 006 927 17,5%	25 960 689	22 002 982	3 957 707 18,0%	Frais de personnel
Total	248 831 091	216 462 455	32 368 636 15,0%	128 374 392	113 533 476	14 840 916 13,1%	377 205 483	329 995 931	47 209 552 14,3%	Total
Anteil Staat 6/10				226 323 290	197 997 559	28 325 731 14,3%	226 323 290	197 997 559	28 325 731 14,3%	Part de l'Etat 6/10
Anteil Gemeinden 4/10	150 882 193	131 998 372	18 883 821 14,3%							Parts des communes 4/10
Guthaben der Gemeinden aus Lastenverteilung	97 948 898	84 464 083	13 484 815 16,0%				150 882 193	131 998 372	18 883 821 14,3%	Avoir des communes provenant de la répartition des charges

aufgrund des derzeitigen finanzpolitischen Hintergrundes nicht möglich, diesen Leistungsausbau heute zu realisieren. Angesichts der knappen finanziellen Mittel des Staates beantragt die Direktion die Abschreibung.

Postulat Herzig vom 14. September 1988 betreffend Schaffung eines Flüchtlingssekretariates Oberaargau-Emmental.

Die Verhandlungen mit den Gemeinden Burgdorf und Langenthal haben bisher keine neuen Resultate gebracht. Die in Langnau als Durchgangszentrum vorgesehene Unterkunft hat sich bei den weiteren Abklärungen als ungeeignet erwiesen. Die Planung eines Durchgangszentrums wurde daher eingestellt. Da ein Flüchtlingssekretariat nur in Verbindung mit der Führung von Durchgangszentren sinnvoll ist, ist die Schaffung eines Flüchtlingssekretariates zurzeit nicht opportun.

Motion Suter vom 24. November 1988 betreffend Foyer für Alkoholranke.

Wie bereits im letztjährigen Verwaltungsbericht erwähnt, scheint die Schaffung einer Einrichtung im Sinne der Motion nicht vordringlich. Zu diesem Schluss kommt die Stellungnahme des Bernischen Verbandes für Suchtfragen zuhanden der Direktion. Dagegen ist die Optimierung des bestehenden Behandlungsangebotes in der Alkoholabhängigenhilfe nach übereinstimmender Auskunft aller befragten Fachkreise voranzutreiben. Die Direktion wird sich sowohl bei der Behandlung von Projekten (bspw. bei der Sanierung des Sozialtherapeutischen Zentrums Kirchlindach) als auch in der Zusammenarbeit mit bestehenden spezialisierten Einrichtungen hierfür einsetzen. Insbesondere soll dabei die Vernetzung der im Alkoholbereich tätigen Stellen untereinander und deren Zusammenarbeit mit den Spitälern gefördert werden. Gestützt auf diese Ausgangslage und im Hinblick auf die finanzielle Situation des Kantons wird die Schaffung eines Foyers mit einer neuen Trägerschaft vorläufig von der Direktion nicht mehr weiterverfolgt.

Postulat Beutler vom 17. April 1989 betreffend Probleme mit der Betreuung von Asylsuchenden, Ziffern 3 und 5 (Erfüllung von Ziffer 4 des Postulates liegt in der Kompetenz der Polizeidirektion)

Aufgrund des weiterhin ansteigenden Zustroms neuer Asylbewerber dienten Hotels als provisorische Reserveunterkünfte, wenn nicht genügend Zentrenplätze zur Verfügung standen. Die Zahl der Hotelplätze konnte bis Ende des Berichtsjahres auf weniger als 600 abgebaut werden. Durch die Schaffung weiterer Kollektivunterkünfte soll die Zahl der Hotelplatzierungen 1992 massiv weiter reduziert werden. Durch die Reorganisation des Asylwesens wurde die Betreuung der in Hotels untergebrachten Asylbewerber verbessert. Der Bund stellt dem Kanton ein Betreuerkontingent für die in Kollektivunterkünften untergebrachten Asylsuchenden zur Verfügung. Dabei geht der Bund von einer Betreuungsdauer von längstens 6 Monaten aus. Mit der Eröffnung weiterer Zentren im Berichtsjahr und zu Beginn des Jahres 1992 ist dieses Kontingent vollständig ausgeschöpft. Auch hier sei für detailliertere Angaben auf Anhang I des Berichtes verwiesen. Das Postulat kann demzufolge als erfüllt abgeschlossen werden.

Motion Meier vom 25. Mai 1989 betreffend Ausbau spitalexterner Kranken- und Gesundheitspflege (Annahme als Postulat). Aufgrund der finanziellen Lage des Kantons ist ein massgeblicher Ausbau der Leistungen des Staates zugunsten der Spitex-Einrichtungen zurzeit nicht realisierbar. Die Direktion sah sich im Gegenteil gezwungen, die Tarife für Gemeindekrankenpflege sowie für Hauspflege und Haus- und Betagtenhilfe auf Anfang 1992 zur Verbesserung des Kostendeckungsgrades zu erhöhen (vgl. Ziff. 2.5.5). Zusätzlich wurden neue Zuschläge eingeführt. Seitens der Krankenkassen besteht zurzeit auch keine Bereitschaft, sich finanziell in wesentlich grösserem Umfang an der Spitex zu beteiligen. Hierzu sind wohl eidgenössische Regelungen abzuwarten. Aufgrund dieser Sachlage ist das Postulat abzuschreiben.

rendue impossible en raison de la situation financière actuelle, qui empêche toute offre de prestations supplémentaire. Au vu du peu de latitude de l'Etat en matière financière, la Direction propose le classement de la motion.

Postulat Herzig du 14 septembre 1988 concernant la création d'un secrétariat pour les réfugiés pour la Haute-Argovie et l'Emmental

Les négociations avec les communes de Berthoud et de Langenthal n'ont pas encore donné de résultats. Après examen, la création par la commune de Langnau d'un foyer de transit n'a pas été retenue comme adéquate. Sa planification a donc été arrêtée. Comme la création d'un secrétariat pour les réfugiés n'a de sens qu'avec l'existence des foyers de transit, elle a donc été jugée inopportune.

Motion Suter du 24 novembre 1988 concernant le foyer pour alcooliques

Comme l'a déjà évoqué le rapport de gestion de l'année dernière, la création d'une telle installation ne présente pas de caractère d'urgence. C'est la conclusion de l'avis rendu par l'Association bernoise pour les questions de toxicomanie à la Direction. Cependant, de l'avis de tous les cercles spécialisés interrogés, il faut procéder à une amélioration de l'offre d'assistance aux alcooliques. C'est pourquoi la Direction des œuvres sociales va participer à l'élaboration de projets (p. ex. l'assainissement du centre socio-thérapeutique de Kirchlindach) et offrir sa collaboration aux institutions spécialisées existantes. Il s'agira en particulier d'améliorer le réseau des institutions d'aide aux alcooliques et d'encourager leur collaboration avec les hôpitaux. Compte tenu de la situation financière du canton, la Direction juge inadéquate pour l'instant la création d'un foyer avec un nouvel organe responsable.

Postulat Beutler du 17 avril 1989 concernant les problèmes de prise en charge des demandeurs d'asile, chiffres 3 et 5 (l'exécution du chiffre 4 est de la compétence de la Direction de la police)

En raison de l'afflux incessant de nouveaux demandeurs d'asile, les hôtels ont servi d'hébergement provisoire lorsque les centres d'accueil étaient saturés. A la fin de l'exercice, le nombre des places en hôtel a pu être réduit à moins de 600 unités. La création d'autres centres d'hébergement collectif doit conduire à une réduction massive du nombre des placements en hôtel en 1992. La réorganisation du domaine de l'asile a amélioré la qualité de l'encadrement des demandeurs d'asile logés à l'hôtel. La Confédération alloue au canton des contingents de postes d'encadrement des demandeurs d'asile en hébergement collectif, dont la durée est limitée à six mois. Avec l'ouverture de nouveaux centres au cours de l'exercice et au début de l'année 1992, le contingent de postes est totalement employé. Pour les détails, voir l'annexe I du rapport. Pour ces raisons, le postulat peut être classé comme étant réalisé.

Motion Meier du 25 mai 1989 concernant le développement des soins infirmiers et sanitaires extra-hospitaliers (SPITEX) (adoptée comme postulat)

En raison de la situation financière du canton, un développement conséquent des prestations de l'Etat en faveur des organisations de soins Spitex n'est actuellement pas réalisable. La Direction se voit même dans l'obligation, dès le début de 1992, d'augmenter les tarifs pour les soins à domicile, l'aide familiale et l'aide ménagère aux personnes âgées, avec pour objectif l'amélioration du taux de couverture (cf. chiffre 2.5.5). De nouveaux suppléments ont en outre été ajoutés. Du côté des caisses-maladie, on n'est guère enclin actuellement à s'engager financièrement pour le développement des soins Spitex. A ce sujet, on attend les prescriptions fédérales. Pour ces raisons, il convient de classer le postulat.

Motion Blaser (Münsingen) du 19 février 1990 concernant les nouveaux principes pour la politique en matière de drogue, chiffres 2 et 3 (adoptée comme postulat)

Motion Blaser (Münsingen) vom 19. Februar 1990 betreffend Neue Grundsätze in der bernischen Drogenpolitik, Ziffern 2 und 3 (überwiesen als Postulat)

Bezüglich des Aufbaus weiterer Anlaufstellen haben sich im Berichtsjahr folgende Änderungen ergeben: In Bern befindet sich eine neue, zweite Anlaufstelle im Umbau. Aufgrund verschiedener Einsparungen hatte sich das ganze Vorhaben verzögert, eine Eröffnung wird erst im Frühjahr 1992 möglich. Anstelle einer Anlaufstelle mit Fixerraum richtet die Stadt Biel ein Spritzenabgabe-Projekt einerseits und eine Tagesstruktur andererseits ein. Die Stadt Thun hält am Projekt Anlaufstelle fest, verfügt aber noch nicht über eine entsprechende Liegenschaft. Über das vorhandene stationäre und ambulante Behandlungsangebot sowie über bestehende Lücken in der Suchthilfe wurde in der Broschüre «Drogenpolitik zwischen Hilfe und Strafe», Gesundheits- und Fürsorgedirektion 1991, detailliert Auskunft erteilt. Wie bereits im Verwaltungsbericht 1990 festgehalten, handelt es sich bei den in Ziffern 2 und 3 der Motion aufgeführten Anliegen um Daueraufträge der Direktion, weshalb sich die Abschreibung der beiden Punkte rechtfertigt.

Motion Bay vom 20. September 1990 betreffend BeVGe-Finanzierung (Annahme Punkt 1 und 2 als Postulat)

Im Berichtsjahr wurde die vom Motionär verlangte Expertise durchgeführt. Es waren keine weiteren Massnahmen erforderlich. Der Motionär wurde über das Resultat der Expertise bereits zu einem früheren Zeitpunkt informiert.

Motion Baumann (Uetendorf) vom 11. Dezember 1990 betreffend Betriebsbeiträge der Invalidenversicherung an Anstalten, Werkstätten und Wohnheime aufgrund von Artikel 73 IVG.

Mit Schreiben vom 27. November des Regierungsrates an den Bundesrat wurde das Anliegen des Motionärs erfüllt.

Motion Schaer vom 21. Januar 1991 betreffend Budget der Gesundheits- und Fürsorgedirektion 1991 (als Postulat überwiesen)

Durch die Genehmigung der von der Direktion dem Grossen Rat beantragten Nachkredite wurde dem Anliegen der Motionärin Rechnung getragen.

Motion Mauerhofer vom 25. April 1991 betreffend Sanierung der Kantonsfinanzen (Bericht betreffend Ziffer A7: Kostendeckende Beiträge an die Kantone für die Mitbenutzung bernischer Einrichtungen)

Der Kanton Bern ist bereits per 1. Januar 1985 der interkantonalen Heimvereinbarung beigetreten. Die der Heimvereinbarung unterstellten Fürsorgeheime verrechnen bei ausserkantonalen Benützern die tatsächlichen Betriebskosten vollumfänglich weiter. Fürsorgeeinrichtungen, die nicht unter die Heimvereinbarung fallen, haben selber für kostendeckende Tarife bei ausserkantonalen Benützern zu sorgen. Ein Drittel der Investitionen wird in der Regel vom Bund übernommen. Die restlichen zwei Drittel werden hälftig durch den Staat direkt und über den Betrieb (Verzinsung und Amortisation über die Betriebsrechnung) finanziert. Die ausserkantonalen Benützer beteiligen sich über die Betriebskosten am letzterwähnten Drittel. Aufgrund dieser Darlegungen ist dem Anliegen des Motionärs im Fürsorgewesen weitestgehend Rechnung getragen. Seitens der Direktion erübrigen sich weitere Massnahmen.

Motion Beutler vom 27. Mai 1991 betreffend Schaffung von Grosszentren

Die Zahl der Hotelunterkünfte konnte stark reduziert werden und wird weiter abgebaut. Für 1992 hat der Bundesrat für die Unterbringung in Hotels Höchstpreise festgelegt, die vom Kanton für die verbleibenden Hotels eingehalten werden.

Alle neuen Unterkünfte werden auf die Grundsätze der Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit hin geprüft. Die Grösse einer Unterkunft allein ist noch keine Garantie für die Erfüllung dieser Grundsätze. Bisher gibt es kein Projekt eines Grosszentrums, das diesen Grundsätzen entspricht. Der Bund selbst verfolgt die Schaffung von Grosszentren nicht

En ce qui concerne la mise sur pied d'antennes, les changements suivants sont intervenus au cours de l'exercice: A Berne, une seconde antenne est en construction, dont l'ouverture se fera seulement au printemps 1992, diverses oppositions ayant retardé les travaux. Au lieu de proposer une antenne avec local d'injection, la ville de Bière projette d'instituer la distribution de seringues et d'ouvrir une structure de jour. La ville de Thoune s'en tient à son projet d'antenne, mais n'a pas encore trouvé d'emplacement. Pour ce qui est de l'éventail des traitements ambulatoires et hospitaliers ainsi que des lacunes dans la lutte contre les toxicomanies, on peut trouver une information détaillée dans le rapport de la Direction de l'hygiène publique et des œuvres sociales établi en 1991 «Aide et répression: les deux pôles d'une politique de lutte contre la drogue». Comme l'a déjà précisé le rapport de gestion 1990, les chiffres 2 et 3 de la motion ont trait à des mandats permanents de la Direction, raison pour laquelle le classement des deux points est justifié.

Motion Bay du 20 septembre 1990 concernant le financement du BeVGe (adoption des points 1 et 2 comme postulat)

L'étude demandée par le motionnaire a été réalisée au cours de l'exercice. Aucune autre mesure ne s'imposait. Le motionnaire a déjà été averti du résultat de l'expertise.

Motion Baumann (Uetendorf) du 11 décembre 1990 concernant les subventions aux frais d'exploitation des établissements, ateliers et homes selon l'article 73 LAI

Le Conseil-exécutif ayant envoyé le 27 novembre une lettre au Conseil fédéral, la demande du motionnaire est donc réalisée.

Motion Schaer du 21 janvier 1991 concernant le budget 1991 de la Direction de l'hygiène publique et de la Direction des œuvres sociales (adoptée comme postulat)

En acceptant la demande de crédit supplémentaire présentée par le Conseil-exécutif, le Grand Conseil a tenu compte de la demande de la motionnaire.

Motion Mauerhofer du 25 avril 1991 concernant la contribution à l'assainissement des finances du canton (rapport concernant le chiffre A7: contributions des cantons qui utilisent l'infrastructure bernoise destinées à couvrir les frais)

Le canton de Berne participe depuis le 1^{er} janvier 1985 à l'accord intercantonal sur les foyers. Dans le cas des foyers reconnus par cet accord, les utilisateurs non bernois sont tenus de s'acquitter entièrement des frais d'exploitation de l'infrastructure bernoise utilisée. Les foyers qui ne font pas partie de cet accord doivent eux-mêmes répercuter leurs frais dans les tarifs appliqués aux utilisateurs non bernois. Un tiers des investissements est en général financé par la Confédération, un tiers est pris en charge directement par l'Etat et le tiers restant est au compte de l'exploitation (intérêts et amortissement sur le compte d'exploitation). Les frais d'exploitation évoqués pour le dernier tiers sont répartis entre les utilisateurs non bernois. Pour les raisons évoquées, la Direction estime que la demande du motionnaire est déjà largement réalisée et pense qu'il n'est pas nécessaire d'envisager d'autres mesures.

Motion Beutler du 27 mai 1991 concernant la création de grands centres d'hébergement

Le nombre des placements en hôtel a pu être fortement réduit et continuera de l'être. Pour 1992, le Conseil fédéral a fixé des prix de pension maximum pour le logement en hôtel. Le canton veillera à l'observation de ces tarifs par les hôtels qui hébergeront des demandeurs d'asile.

Tous les nouveaux logements devront répondre aux critères d'utilité, de rentabilité et d'économie. Leur taille ne constitue pas à elle seule une garantie pour le respect de ces critères. Il n'existe pour l'instant aucun centre d'hébergement qui réponde à ces critères, et la Confédération a elle-même renoncé à la création de grands centres. Dans le canton de Berne, on a procédé à l'examen des centres d'hébergement existants en tenant compte de ces critères et à leur remplacement, le cas échéant, par des logements plus adéquats. Pour le premier

mehr weiter. Im Kanton Bern werden sukzessive auch alle bestehenden Unterkünfte auf die genannten Grundsätze hin überprüft und allenfalls durch andere, geeignetere Unterkünfte abgelöst. In der Erstaufnahme stehen dem Kanton heute 460 Plätze, verteilt auf vier Zivilschutzanlagen in der Stadt und Region Bern, zur Verfügung. Aufgrund dieser Sachlage wird seitens des Kantons die Schaffung von Grosszentren nicht mehr weiterverfolgt, weshalb die Direktion beabsichtigt, die Motion abzuschreiben.

Motion Allenbach vom 27. Mai 1991 betreffend Verteilung der Asylsuchenden in den Gemeinden.

Die Gemeinden erfüllten Ende des Berichtsjahres ihre Kontingentspflicht zu 80 Prozent. Weiterhin lehnt die Fürsorgedirektion Gesuche von Gemeinden um Aufhebung der Aufnahmepflicht ab. Die Unterbringungen in Hotels wurden stark abgebaut; Ende des Berichtsjahres wurden weniger als 600 Plätze in Hotels beansprucht. Die Hotelunterkünfte erfahren zahlenmässig auch 1992 eine weitere Reduktion. Gemäss Weisung des Bundes werden auch die Pensionspreise nach unten korrigiert.

Die Gemeinden werden über die Errichtung neuer Zentren frühzeitig informiert und in die Planung einbezogen. Im Berichtsjahr erfolgten keine kurzfristigen Notplazierungen. Die Planung der Unterkünfte wird aufgrund der Prognosen des Bundes erstellt. Für 1992 sind die entsprechenden Kapazitäten vorhanden oder stehen zufolge einer fortgeschrittenen Planung vor der Realisierung. Die Motion kann als erfüllt abgeschrieben werden.

4.1.2 *Ausserordentliche Abschreibungen*

Keine.

4.2 **Vollzug überwiesener Motionen und Postulate**

4.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

Motion Schneider vom 25. Mai 1989 betreffend Schaffung eines Bern light house (Pflegeheim für Aids-Kranke) (Annahme als Postulat)

Bis heute konnte noch keine Trägerschaft für die Führung eines Pflegeheims für Aids-Kranke gefunden werden. Das «Krankenzimmer», wo vor allem pflegebedürftige obdachlose Suchtkranke, teilweise mit Aids, betreut werden, konnte auch im Berichtsjahr im Rahmen des gewährten Nachkredites der Fürsorgedirektion mit 200 000 Franken unterstützt werden. Es sei hier auf die Ausführungen zur Motion Omar (M 148/91) verwiesen.

Motion Scherrer vom 14. September 1989, betreffend dringende Massnahmen in der Drogenbekämpfung, Ziffer 5 (Annahme als Motion)

Die ersten Konzept- und Projektierungsarbeiten sind in Zusammenarbeit mit dem Bernischen Verband für Suchtfragen resp. den PLUS-Fachstellen durchgeführt worden. Um nachhaltige Prävention zu erzielen soll – anders als in der grossangelegten Informationskampagne des Bundes – zuerst in einem Pilotprojekt und später flächendeckend im ganzen Kanton im Bildungsbereich gearbeitet werden. Erste Schritte zum Vollzug sind in Zusammenarbeit mit der Erziehungsdirektion vorbereitet worden. Nach Bedarf wird noch eine besondere Begleitgruppe gebildet werden.

Motion Blatter vom 20. November 1989 betreffend Vorlegen eines kantonalen Alkoholkonzepts (überwiesen als Postulat)

accueil, il existe actuellement dans le canton de Berne 460 places réparties dans quatre abris de protection civile dans la Ville et la région de Berne. Pour les raisons invoquées, le canton n'envisage pas la création de grands centres d'hébergement, motif pour lequel la Direction a l'intention de classer la motion.

Motion Allenbach du 27 mai 1991 concernant la répartition des requérants d'asile dans les communes

A la fin de l'exercice, 80 pour cent des communes avaient respecté leur obligation en matière de contingent de requérants d'asile. En outre, la Direction des œuvres sociales a rejeté toute demande des communes visant à les relever de cette obligation. L'hébergement en hôtel a été fortement réduit, puisque moins de 600 places d'hôtel avaient été utilisées à la fin de l'exercice. Ce nombre est encore appelé à se réduire en 1992. Conformément aux instructions des autorités fédérales, les prix de pension seront révisés à la baisse.

Les communes seront informées à l'avance de la création de nouveaux centres, et participeront à la planification. Au cours de l'exercice n'a eu lieu aucun placement d'urgence provisoire. La planification des logements se fait sur la base des prévisions de la Confédération. Pour 1992, le canton dispose des capacités nécessaires ou s'apprête à en disposer grâce à une meilleure planification. La motion peut donc être classée comme étant réalisée.

4.1.2 *Classement extraordinaire*

Aucun.

4.2. **Réalisation de motions et postulats adoptés**

4.2.1 *Motions et postulats pour lesquels le délai de deux ans n'est pas écoulé*

Motion Schneider du 25 mai 1989 concernant la création à Berne d'une «Light House» (Foyer médicalisé pour les malades du Sida) (adoptée comme postulat)

A ce jour, aucun organe responsable n'a pu être trouvé pour diriger un foyer pour les malades du Sida. Au cours de l'exercice, la «Krankenzimmer» pour l'assistance avant tout des toxicomanes sans abri nécessitant des soins, dont certains atteints du Sida, a pu fonctionner avec l'aide d'un crédit supplémentaire de 200 000 francs de la Direction des œuvres sociales. A ce sujet, voir les conclusions du Conseil-exécutif à propos de la motion Omar (M 148/91).

Motion Scherrer du 14 septembre 1989 concernant des mesures urgentes pour lutter contre la drogue, chiffre 5 (adopté comme motion)

Les premiers travaux pour la conception et l'élaboration du projet sont actuellement menés en collaboration avec l'Association bernoise pour les questions de toxicomanie (centres PLUS). Pour être efficace, toute prévention – autre que celle projetée par la Confédération – devra tout d'abord faire l'objet d'un projet pilote et être menée à grande échelle dans tout le canton au niveau de la formation. Toute initiative doit être entreprise en collaboration avec la Direction de l'instruction publique. Un groupe de travail spécial sera créé selon les besoins.

Motion Blatter du 20 novembre 1989 concernant l'élaboration d'un programme cantonal en matière de lutte contre l'alcoolisme (adoptée comme postulat)

Aus Kapazitätsgründen und wegen dringenderen Geschäften (EJPD-Heimbericht, Schulheimbericht im Auftrag der ehemaligen Staatswirtschaftskommission bzw. der heutigen Finanzkommission, Anschlusslösung Fonds) kamen die Arbeiten an der Gesundheitsplanung nur langsam voran – somit liegt auch noch kein Alkoholkonzept vor. Im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau des Sozialtherapeutischen Zentrums Kirchlindach sind Vorarbeiten geleistet worden.

Motion von Gunten vom 20. September 1990

Motion Schaer vom 10. Dezember 1990

Postulat Büsschi vom 12. Dezember 1990 (gemeinsame Antwort) (Annahme der drei Vorstösse als Postulat)

Die Städte Bern, Biel und Thun (unter Einbezug des Psychiatristützpunktes Interlaken) haben ihr Interesse an Pilotversuchen zur kontrollierten Drogenabgabe schriftlich dokumentiert. In Zusammenarbeit mit den genannten Städten hat die Direktion die Projektorganisation für derartige Versuche vorbereitet. Weitergehende Schritte konnten nicht unternommen werden, da die entsprechende Verordnung des Bundes bis Ende des Berichtsjahres noch ausstehend war.

Motion Neuenschwander vom 13. November 1990 betreffend Lastenausgleich im Schul- und Fürsorgewesen (Bericht an den Grossen Rat)

Die Direktion hat den vom Motionär verlangten Bericht vorbereitet und wird diesen Anfang 1992 dem Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates unterbreiten.

Motion Omar vom 27. März 1991 betreffend Krankenzimmer Landoltstrasse 70 für pflegebedürftige und Aids-betroffene Drogenabhängige

Das «Krankenzimmer» konnte im Berichtsjahr mit einem weiteren Überbrückungskredit von 200 000 Franken unterstützt und damit vor der Schliessung bewahrt werden. Aufgrund des grossen aufgelaufenen Verlustvortrages und den nach Ansicht der Direktion zu hohen Tageskosten ist die weitere Existenz des «Krankenzimmers» Ende des Berichtsjahres jedoch nicht gesichert.

Motion Reber vom 19. August 1991 betreffend Neuregelung des Lastenausgleichs (Annahme als Postulat)

Die vom Motionär verlangten Abklärungen sind im Gange.

Motion Hurni vom 4. November 1991 betreffend Schliessung Schulheim Oberbipp (Annahme von Ziffer 2 als Postulat)

Die künftige Nutzung der Liegenschaften des Schulheims in Oberbipp und auch die von der Motionärin angesprochene Anschluss-Lösung wird Gegenstand von Abklärungen in den folgenden beiden Jahren sein.

4.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Postulat Suter vom 19. November 1987 betreffend Förderung der spitalexternen Dauerpflege

Im Rahmen der Alterspolitik 2005 kommt der Förderung der spitalexternen Krankenpflege – als Teil eines flexiblen, nachfrageorientierten und vernetzten Dienstleistungsangebotes – eine wichtige Rolle zu (vgl. Ziff. 2.4.1 des vorliegenden Berichtes). Sowohl die gezielte Förderung von Entlastungsmöglichkeiten für betreuende und pflegende Angehörige wie auch die Stärkung der ambulanten und teilstationären Versorgung sind Bestandteil der Alterspolitik 2005. Die angestrebten Verbesserungen der Rahmenbedingungen kommen nicht nur älteren Personen, sondern genauso auch Langzeitpatienten, Behinderten und Familien mit Kindern zu gute.

Motion Gugger vom 18. Mai 1989 betreffend Sicherstellung der Qualität bei der Pflege von Betagten und Behinderten

Les travaux concernant la planification dans le domaine de la santé ont pris du retard en raison d'une surcharge de travail et du règlement d'affaires plus urgentes (rapport sur les maisons d'éducation susceptibles d'être subventionnées par la DFJP, rapport sur les foyers scolaires confié dans le passé à la Commission de gestion et maintenant à la charge de l'actuelle Commission des finances, recherche d'une solution de rechange au Fonds de lutte contre les maladies). C'est pourquoi le programme de lutte contre l'alcoolisme n'a pas encore vu le jour. Cependant, des travaux préparatoires ont eu lieu concernant la nouvelle construction du centre socio-thérapeutique de Kirchlindach.

Motion von Gunten du 20 septembre 1990

Motion Schaer du 10 décembre 1990

Postulat Büsschi du 12 décembre 1990 (réponse commune)

(Adoption des trois interventions comme postulat)

Les villes de Berne, Bienne et Thoun (ainsi que le Centre d'assistance psychiatrique d'Interlaken) ont fait part de leur intérêt concernant la mise en place d'une expérience pilote pour la distribution contrôlée de stupéfiants. La Direction, en collaboration avec ces villes, a préparé un projet dans ce sens. Les démarches se sont arrêtées là car, à la fin de l'exercice, la Confédération n'avait pas encore créé les bases légales correspondantes.

Motion Neuenschwander du 13 novembre 1990 concernant la compensation des charges scolaires et sociales (rapport au Grand Conseil)

La Direction a achevé la préparation du rapport demandé par le motionnaire et le soumettra au Conseil-exécutif à l'intention du Grand Conseil au début 1992.

Motion Omar du 27 mars 1991 concernant le dispensaire de la Landoltstrasse 70 destiné aux toxicomanes ayant besoin de soins et à ceux atteints du Sida

Le dispensaire a bénéficié au cours de l'exercice d'un nouveau crédit passerelle de 200 000 francs. On a ainsi pu éviter sa fermeture. Toutefois, en raison du report de pertes important et de frais journaliers jugés trop élevés par la Direction, l'avenir du dispensaire à la fin de l'exercice n'est pas assuré.

Motion Reber du 19 août 1991 concernant la réforme de la répartition des charges (adoptée comme postulat)

Le mandat confié au Conseil-exécutif par le motionnaire est en cours d'exécution.

Motion Hurni du 4 novembre 1991 concernant la fermeture du home-école d'Oberbipp (adoption du chiffre 2 comme postulat)

Les questions de la nouvelle affectation du home-école d'Oberbipp et de la solution de rechange suggérée par le motionnaire seront traitées dans les deux ans.

4.2.2 *Motions et postulats dont le délai a été prolongé*

Postulat Suter du 19 novembre 1987 concernant la promotion des soins hospitaliers

La promotion des soins hospitaliers – en tant qu'offre de services souple, adaptée à la demande et bien répartie sur le territoire – joue un rôle important dans le cadre de la politique du 3^e âge 2005 (cf. ch. 2.4.1 du présent rapport). Cette politique vise autant à promouvoir l'aide à l'entourage qui soigne et prend en charge le patient qu'à renforcer les formes d'assistance ambulatoires et semi-ambulatoires. Les améliorations qui sont envisagées dans le cadre des principes directeurs avantageront non seulement les personnes âgées, mais aussi les patients de longue durée, les handicapés et les familles avec enfants.

Motion Gugger du 18 mai 1989 concernant la garantie de la qualité des soins donnés aux personnes âgées et aux handicapés

Im letztjährigen Verwaltungsbericht wurde ausgeführt, dass der Sicherstellung der Qualität im Bereich der subventionierten Einrichtungen im Rahmen der laufenden Revision des Fürsorgegesetzes Beachtung zu schenken sei, wobei u.E. wohl an die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in Artikel 140 FÜG zu denken ist. Diese Feststellung hat grundsätzlich auch heute noch ihre Gültigkeit. Bezüglich der Revision des Fürsorgegesetzes sei auf die Bemerkungen in Ziffer 2.1.6 verwiesen. Für den Bereich der nicht subventionierten Einrichtungen, ist die Verordnung vom 18. September 1973 über die gewerbmässige Pflege von Betagten und Behinderten in Heimen und Familien massgebend. Eine direktionsinterne Arbeitsgruppe Heimaufsicht hat einen Entwurf für die Revision dieser Verordnung ausgearbeitet, mit dem die Anliegen des Motionärs erfüllt werden sollen.

Bern, März 1992

Der Fürsorgedirektor: *Hermann Fehr*

Vom Regierungsrat genehmigt 29. April 1992

Anhang:
Aufstellung der Kosten im Asylwesen pro 1991
Aufstellung der öffentlichen Ausgaben für den Drogensektor.

Anhang I

Zusammenfassung der Kosten im Asylbereich pro 1991

1. Bereich Erstaufnahme Stadt Bern

Die Stadt Bern führt an der Bolligenstrasse ein Erstaufnahmezentrum mit einer Gesamtkapazität von 80 Plätzen. Die Stadt Bern rechnet die Betriebskosten direkt mit dem Bund ab. Aus diesem Grund entstehen für den Staat in diesem Bereich keine Aufwendungen.

2. Bereich Erstaufnahme Kanton

2.1 Gruppenunterkünfte der Heilsarmee

Die Gesamtaufwendungen für die 899 Plätze in den Zentren Gümliigen, Ittigen, Kehrsatz, Ostermundigen, Zollikofen, Aarwangen, Belp, Bern, Bolligen, Konolfingen, Münsingen, Matten, Rüfenacht, Schüpbach, Wattenwil und Wyssachen betragen im Berichtsjahr 9 614 789.50 Franken. Es kann mit der vollumfänglichen Rückerstattung durch den Bund gerechnet werden, wobei die Abrechnung betreffend das vierte Quartal noch ausstehend ist.

2.2 Notunterkünfte in Zivilschutzanlagen

Im Berichtsjahr konnten in den Zivilschutzanlagen Effingerstrasse und Mülinenstrasse Bern, Biglen und Oberwichterach insgesamt 380 Plätze zur Verfügung gestellt werden. Die Gesamtaufwendungen betragen 3 379 797.10 Franken. Es kann mit der vollumfänglichen Rückerstattung durch den Bund gerechnet werden.

Le rapport de gestion de l'an dernier précise que ce problème est examiné dans le cadre de la révision en cours de la loi sur les œuvres sociales. L'introduction d'une disposition correspondante est envisagée dans l'article 140. Cette précision est encore valable aujourd'hui. Pour ce qui est de la révision de la loi sur les œuvres sociales, voir le chiffre 2.1.6. En ce qui concerne les installations non subventionnées, c'est l'ordonnance du 18 septembre 1973 sur les soins donnés à titre professionnel dans des foyers et des familles à des personnes âgées ou handicapées qui prime en la matière. Un groupe de travail interne a élaboré un projet en vue de la révision de cette ordonnance. La demande du motionnaire sera ainsi satisfaite.

Berne, mars 1992

Le directeur des œuvres sociales: *Hermann Fehr*

Approuvé par le Conseil-exécutif le 29 avril 1992

Annexes:
Tableau des coûts de l'asile en 1991
Tableau des dépenses publiques dans le secteur de la drogue

Annexe I

Bilan des coûts de l'asile en 1991

1. 1^{re} phase: premier accueil, par la Ville de Berne

La Ville de Berne offre une capacité d'accueil totale de 80 places au centre de premier accueil de la Bolligenstrasse. La Confédération verse directement les frais d'exploitation à la Ville de Berne. Il n'en résulte donc aucune dépense pour l'Etat.

2. 1^{re} phase: premier accueil, par le canton

2.1 Logements collectifs de l'Armée du Salut

Les dépenses totales pour les 899 places des centres de Gümliigen, Ittigen, Kehrsatz, Ostermundigen, Zollikofen, Aarwangen, Belp, Berne, Bolligen, Konolfingen, Münsingen, Matten, Rüfenacht, Schüpbach, Wattenwil et Wyssachen ont atteint 9 614 789.50 francs au cours de cet exercice. On peut compter sur le remboursement intégral de la Confédération; il reste cependant à régler les comptes du 4^e trimestre.

2.2 Logements provisoires dans les abris de protection civile

Au cours de cet exercice, 380 places ont été mises à disposition dans les abris de la Effingerstrasse et de la Mülinenstrasse à Berne, de Biglen et d'Oberwichterach. Les dépenses totales se sont montées à 3 379 797.10 francs. On peut compter sur le remboursement intégral de la Confédération.

2.3 *Hotelunterkünfte; Stand Ende Dezember 1991*

Wie im Vorjahr mussten auch 1991 Asylbewerber in Hotels untergebracht werden. Die Aufsicht über die Betreuung dieser Asylsuchenden wurde soweit möglich durch die Triagestelle der Fürsorgedirektion wahrgenommen. Ende Dezember waren in 22 Hotelbetrieben 577 Gesuchsteller untergebracht. Die Kosten werden vollumfänglich durch den Bund rückerstattet.

3. *Bereich zweite Stufe; Durchgangszentren*3.1 *Durchgangszentren der Stadt Bern*

Die Stadt Bern führte im Auftrag des Kantons Ende 1991 615 Unterkunftsplätze in den Zentren Bremgarten, Enggistein, Bern, Herrenschwanden, Wohlen, Münsingen, Roggwil, Studen und Worb. Die Stadt Bern rechnet die Betriebskosten direkt mit dem Bund ab, so dass für den Kanton in diesem Bereich keine Aufwendungen entstehen.

3.2 *Durchgangszentren der Städte Thun, Biel und Köniz*

Die Stadt Thun führte im Berichtsjahr fünf Durchgangszentren mit einer Gesamtkapazität von 235 Plätzen: Meiringen, Interlaken, Unterseen, Hondrich und Thun. Die Stadt Biel stellte dem Kanton in der gleichen Zeit in vier Zentren 233 Plätze zur Verfügung: Biel, Sonvilier und Tramelan. Die Gemeinde Köniz führte das Durchgangszentrum Dreispitz mit 60 Unterkunftsplätzen. Die drei Städte bevorschussen die Aufwendungen. Der Staat ist lediglich Durchlaufposten. Die Gesamtaufwendungen betrugen 4 127 273.65 Franken, wobei die Abrechnung der Stadt Thun betreffend das vierte Quartal noch ausstehend ist.

3.3 *Kantonale Zentren*

Dabei handelt es sich um die befristet betriebenen Zentren in Unterseen und Sundlaunen mit einer Gesamtkapazität von 75 Plätzen. Die Gesamtaufwendungen betrugen 144 978.65 Franken, die ebenfalls vom Bund zurückerstattet wurden.

4. *Personalkosten*

Die gesamtkantonalen Personalkosten zulasten des Betreuerkontingentes betragen in diesem Jahr 4 922 688.90 Franken. Aufgrund des nicht ausgeschöpften Zentrenkontingentes musste nicht auf alle vom Bund genehmigten Betreuerstellen zurückgegriffen werden.

5. *Bernische Gemeinden der dritten Stufe*

Die Gemeinden bevorschussen die anfallenden Kosten. Der Staat ist lediglich Durchlaufposten. Die Gesamtaufwendungen betrugen in diesem Jahr 7 948 808.50 Franken netto (Rückerstattungen der Asylbewerber wurden bereits verrechnet).

2.3 *Hôtels; état fin décembre 1991*

Comme l'année dernière, des demandeurs d'asile ont dû être logés à l'hôtel. Leur prise en charge incombe en principe au centre de tri de la Direction des œuvres sociales. Fin décembre 1991, 577 demandeurs d'asile étaient hébergés dans 22 hôtels. Les frais sont remboursés intégralement par la Confédération.

3. *2^e phase: centres de transit*3.1 *Centres de transit de la Ville de Berne*

Sur mandat du canton, la Ville de Berne a offert 615 places dans les centres de Bremgarten, Enggistein, Berne, Herrenschwanden, Wohlen, Münsingen, Roggwil, Studen et Worb. La Confédération verse les frais d'exploitation directement à la Ville de Berne. Il n'en résulte donc aucune dépense pour l'Etat.

3.2 *Centres de transit de la Ville de Thoune, de la Ville de Bienne et de la commune de Köniz*

La Ville de Thoune a mis à la disposition du canton un total de 235 places au cours de l'exercice, dans les centres de Meiringen, Interlaken, Unterseen, Hondrich et Thoune. Dans le même temps, la Ville de Bienne a offert 233 places dans les centres de Bienne, Sonvilier et Tramelan. Quant à elle, la commune de Köniz a offert 60 places dans le centre de Dreispitz. Dans les trois cas, c'est la Ville qui avance les fonds, l'Etat ne jouant que le rôle d'intermédiaire. Les frais se sont élevés au total à 4 127 273.65 francs. Le décompte de la Ville de Thoune pour le quatrième trimestre n'est pas compris.

3.3 *Centres de transit cantonaux*

Il s'agit des centres provisoires d'Unterseen et de Sundlaunen, d'une capacité totale de 75 places. Les dépenses se sont élevées à 144 978.65 francs et sont elles aussi totalement remboursées par la Confédération.

4. *Frais de personnel*

Pour l'ensemble du canton, les frais de personnel à la charge du contingent des postes d'encadrement ont atteint au total cette année 4 922 688.90 francs. Tous les postes alloués par la Confédération n'ont pas été utilisés car les contingents de centre n'ont pas été épuisés.

5. *3^e phase: répartition entre les communes du canton de Berne*

Les communes avancent les frais occasionnés. L'Etat ne joue qu'un rôle d'intermédiaire. Les dépenses se sont élevées à 7 948 808.50 francs (déduction faite des sommes remboursées par les demandeurs d'asile).

578 Fürsorgewesen

6. *Ausreisekosten*

39 437.35 Franken, vollumfängliche Rückerstattung durch den Bund.

7. *Inkassodienst*

Rückerstattungen von Asylbewerbern zuhanden der kantonalen Fürsorgedirektion 115 270.95 Franken (wurden dem Bund weitergeleitet).

8. *Verwaltungsaufwendungen*

Gemäss Weisung zum Asylgesetz erhalten die Kantone pro neu zugewiesenen Asylbewerber eine Verwaltungspauschale von 1000 Franken. Der Fürsorgedirektion wurden im Berichtsjahr 5 972 422 Franken ausbezahlt. Diesen Einnahmen stehen Ausgaben von 5 359 256.55 Franken für die Verwaltungsaufwendungen der Städte Bern, Biel, Thun und Köniz, die Koordinationskosten der Hilfswerke, die Verfahrenskosten der städtischen und kantonalen Fremdenpolizei, die Arbeit des Arbeitsamtes der Stadt Bern und des KIGA sowie für die Asylkoordination der Fürsorgedirektion gegenüber.

9. *Kirchliche Kontaktstellen*

Gesamtaufwendungen: 456 938.70 Franken

10. *Zusammenfassung*

Kosten 1991	Fr.
Gruppenunterkünfte der Heilsarmee ¹	9 614 789.50
Notunterkünfte in Zivilschutzanlagen	3 379 797.10
Hotelunterkünfte, Unterstützungsleistungen, Ersteinkehrung, Gesundheitskosten	20 029 750.70
Durchgangszentren der Städte Biel und Thun ¹	4 127 273.65
Kantonale Durchgangszentren	144 078.65
Personalkosten	4 922 688.90
Bernische Gemeinden der 3. Stufe	7 948 808.50
Grenzsanitarische Untersuchungen	1 362 371.55
Ausreisekosten	39 437.35
Verwaltungsaufwendungen	5 359 256.55
Kirchliche Kontaktstellen	456 938.70
Baubeiträge des Bundes	198 744.85
Diverse Kosten	18 006.30
Total (Rückerstattungen durch den Bund nicht berücksichtigt)	57 501 942.30

¹ Für die Durchgangszentren der Heilsarmee und der Stadt Thun sind infolge Änderung der Abrechnungspraxis nur das erste bis dritte Quartal 1991 enthalten.

Anhang II

Zahlungen im Drogenbereich pro 1991
Direktsubventionierte und/oder
beitragsberechtigte Institutionen

Œuvres sociales

6. *Frais de retour*

39 437.35 francs, remboursés intégralement par la Confédération.

7. *Service de recouvrement*

Remboursements effectués par les demandeurs d'asile à la Direction cantonale des œuvres sociales: 115 270.95 francs (rétrocédés à la Confédération).

8. *Frais administratifs*

Conformément à la directive relative à la loi sur l'asile, les cantons reçoivent la somme forfaitaire de 1000 francs pour frais administratifs par demandeur d'asile nouvellement accueilli. La Direction des œuvres sociales a reçu 5 972 422 francs au cours de l'exercice. Les dépenses se sont élevées à 5 359 256.55 francs et correspondent aux frais administratifs des Villes de Berne, Bienne, Thoun et Köniz, ainsi qu'aux frais de coordination des œuvres d'entraide, aux frais de procédure des Polices des étrangers communale et cantonale, au travail de l'Office du travail de la Ville de Berne, de l'OCIAMT et du service de coordination en matière de demandeurs d'asile de la Direction des œuvres sociales.

9. *Offices de consultation sur l'asile*

Coût total: 456 938.70 francs

10. *Résumé*

Coûts 1991	francs
Logements collectifs de l'Armée du Salut ¹	9 614 789.50
Logements provisoires dans les abris de protection civile	3 379 797.10
Hôtels, encadrement, vêtements, dépenses de santé	20 029 750.70
Centres de transit de la Ville de Bienne et de la Ville de Thoun	4 127 273.65
Centres de transit cantonaux	144 078.65
Frais en personnel	4 922 688.90
3 ^e phase: répartition entre les communes du canton de Berne	7 948 808.50
Contrôles sanitaires aux frontières	1 362 371.55
Frais de retour	39 437.35
Frais administratifs	5 359 256.55
Offices de consultation sur l'asile	456 938.70
Subventions fédérales à la construction	198 744.85
Frais divers	18 006.30
Total (compte non tenu des remboursements par la Confédération)	57 501 942.30

¹ En raison de la modification des méthodes de calcul, seuls les premier, deuxième et troisième trimestres de 1991 ont été pris en compte pour les centres de transit de l'Armée du Salut et de la Ville de Thoun.

Annexe II

Coût de la lutte contre la toxicomanie en 1991
Institutions subventionnées directement et/ou à forfait

1. Prävention

1.1 Privatrechtliche Institutionen

PLUS-Fachstellen für Sucht- und Gesundheitsfragen	Trägerschaft	Zahlungen 1991 ¹ Fr.
Bern	Bernischer Verband für Suchtfragen	2 094 452
Biel	dito	
Thun	dito	
Langenthal	dito	
Prophylaxe-Team in Bern	dito	

1.2 Öffentlich-rechtliche Institutionen

Keine.

1.3 Kirchliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1991 ¹ Fr.
Kirchliches Amt für Drogenfragen	Evangelische Kirche des Kantons Bern	90 000

2. Beratung/ambulante Betreuung

2.1 Privatrechtliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1991 ¹ Fr.
Contact-Bern	Stiftung Contact	3 912 403
Contact-Thun	Verein Sozialberatungsdienste Amt Thun	760 344
DROP-In Biel	Verein zur Verhütung der Drogensucht in Biel	978 250
JUDRO Burgdorf	Verein Beratungsstelle für Suchtprobleme, Amt Burgdorf	202 830
Jugendberatung Langenthal	Kirchgemeindeverband Oberaargau	213 104
Jugendberatung Langnau	Kirchgemeindeverband Oberemmental	93 759
Jugendberatung Laufen	Verein Sozialdienste Laufen	144 724

2.2 Öffentlich-rechtliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1991 ¹ Fr.
Contact-Tavannes	Fédération des Communes du Jura bernois	276 001

3. Wohngemeinschaften/stationäre Betreuung

3.1 Privatrechtliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1991 ¹ Fr.
Wohngemeinschaft «Rüdl» Wimmis	Verein sozialtherap. Gemeinschaft «Rüdl»	342 000
AEBI-HUS, Leubringen	Stiftung Drogenhilfe Aebi-Hus	– (Polizeidirektion, da Massnahmen)
Stiftung «Hilfe zum Leben» Wohngemeinschaft «Schlüssel», Detligen	Stiftung Hilfe zum Leben	3 699
	Stiftung Terra Vecchia	49 895

1. Prévention

1.1 Institutions de droit privé

Centres PLUS de promotion de la santé et de prévention des toxicomanies	Collectivité responsable	Dépenses 1991 ¹ francs
Berne	Association bernoise pour les questions de toxicomanies	2 094 452
Bienne	idem	
Thoune	idem	
Langenthal	idem	
«Prophylaxe-Team» Berne	idem	

1.2 Institutions de droit public

Aucune.

1.3 Institutions ecclésiastiques

	Collectivité responsable	Dépenses 1991 ¹ francs
Ministère paroissial pour les problèmes de toxicomanie	Eglise évangélique du canton de Berne	90 000

2. Consultation/prise en charge ambulatoire

2.1 Institutions de droit privé

	Collectivité responsable	Dépenses 1991 ¹ francs
Contact-Berne	Fondation Contact	3 912 403
Contact-Thoune	Association «Sozialberatungsdienst Amt Thun»	760 344
DROP-In Bienne	«Verein zur Verhütung der Drogensucht», Bienne	978 250
JUDRO Berthoud	Association «Beratungsstelle für Suchtprobleme, Amt Burgdorf»	202 830
Jugendberatung Langenthal	Association paroissiale Haute-Argovie	213 104
Jugendberatung Langnau	Association paroissiale Oberemmental	93 759
Jugendberatung Laufen	Association «Sozialdienste Laufen»	144 724

2.2 Institutions de droit public

	Collectivité responsable	Dépenses 1991 ¹ francs
Contact-Tavannes	Fédération des Communes du Jura bernois	276 001

3. Communautés d'habitation/prise en charge hospitalière

3.1 Institutions de droit privé

	Collectivité responsable	Dépenses 1991 ¹ francs
Communauté d'habitation «Rüdl», Wimmis	Association «sozialtherapeutische Gemeinschaft «Rüdl»	342 000
AEBI-HUS, Leubringen	Fondation «Drogenhilfe Aebi-Hus»	– (ressortissent à la Direction de la police)
Fondation «Hilfe zum Leben»	Fondation «Hilfe zum Leben»	3 699
Communauté d'habitation «Schlüssel», Detligen	Fondation Terra Vecchia	49 895

	Trägerschaft	Zahlungen 1991 ¹ Fr.
Wohngemeinschaft «Rüdi»		
Gemeinschaft «Melchenbühl», Gümligen und Brienzwiler	dito	77 180
Wohngemeinschaft «Bordei», Bordei, TI	dito	41 225
Wohngemeinschaft «Corte di Sotto», Rasa Krankenzimmer, Bern	dito Verein Kranken- und Obdachlosenprojekt, Bern	200 000

3.2 Öffentlich-rechtliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1991 ¹ Fr.
Wohngemeinschaft «Vacheres du Fuet» und Wohngemeinschaft für Jugendliche «CRCJ» St-Imier	Kantonale psychiatr. Klinik Bellelay	enthalten im Gesamtbudget

4. Entzugseinrichtungen

4.1 Privatrechtliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1991 ¹ Fr.
Verein «Freier Fall», Bern	Verein «Freier Fall»	241 555
Niederschwellige Entzugs- station «Fallschirm», Biel	Verein «Fallschirm»	200 000
Niederschweligen Entzugs- station «Klarer Fall», Thun	Verein «Klarer Fall»	200 000

4.2 Öffentliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1991 ¹ Fr.
Entzugsstation K2	Psychiatr. Universitätsklinik Waldau	enthalten im Gesamtbudget
Entzugsstation der Klinik Bellelay	Kantonale psychiatr. Klinik Bellelay	enthalten im Gesamtbudget

5. Überlebenshilfe

5.1 Privatrechtliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1991 ¹ Fr.
Anlaufstelle Nägeligasse	Stiftung Contact-Bern	enthalten im Gesamtbudget

6. Nachsorge

6.1 Privatrechtliche Institutionen

	Trägerschaft	Zahlungen 1991 ¹ Fr.
Arbi-Bern	Stiftung Drogenhilfe Aebi-Hus	enthalten im Gesamtbudget
Nachsorge «Rüdi»	Verein sozialtherapeut. Gemeinschaft «Rüdi»	enthalten im Gesamtbudget
Kirchliches Amt für Drogenfragen	Evangelische Kirche des Kantons Bern	enthalten im Gesamtbudget

¹ Die Zahlen beruhen auf dem Kassenprinzip. Gewisse Schlusszahlungen können erst im Folgejahr geleistet werden, da noch Bundesbeiträge ausstehen.

	Collectivité responsable	Dépenses 1991 ¹ francs
Communauté d'habitation «Melchenbühl», Gümligen et Brienzwiler	idem idem	77 180
Communauté d'habitation «Bordei», Bordei, TI	idem	41 225
Communauté d'habitation «Corte di Sotto», Rasa «Krankenzimmer», Berne	idem Association «Verein Kranken- und Obdachlosenprojekt», Berne	200 000

3.2 Institutions de droit public

	Collectivité responsable	Dépenses 1991 ¹ francs
Communauté d'habitation «Vacheres du Fuet» et communauté d'habitation pour jeunes «CRCJ» Saint-Imier	Clinique psychiatrique cantonale de Bellelay	inclus dans le budget global

4. Institutions de désintoxication

4.1 Institutions de droit privé

	Collectivité responsable	Dépenses 1991 ¹ francs
Association «Freier Fall», Berne	Association «Freier Fall»	241 555
Unité de désintoxication souple «Parachute», Bienne	Association «Parachute»	200 000
Unité de désintoxication souple «Klarer Fall», Thoun	Association «Klarer Fall»	200 000

4.2 Institutions de droit public

	Collectivité responsable	Dépenses 1991 ¹ francs
Unité de détoxication K2	Clinique psychiatrique universitaire de la Waldau	inclus dans le budget global
Unité de détoxication de la clinique de Bellelay	Clinique psychiatrique de Bellelay	inclus dans le budget global

5. Aide à la survie

5.1 Institutions de droit privé

	Collectivité responsable	Dépenses 1991 ¹ francs
Antenne de la Nägeligasse	Fondation Contact-Berne	inclus dans le budget global

6. Prise en charge ultérieure

6.1 Institutions de droit privé

	Collectivité responsable	Dépenses 1991 ¹ francs
Arbi-Bern	Fondation «Drogenhilfe Aebi-Hus»	inclus dans le budget global
Nachsorge Rüdi	Association «sozialtherapeut. Gemeinschaft «Rüdi»	inclus dans le budget global
Ministère paroissial pour les problèmes de toxicomanie	Eglise évangélique du canton de Berne	inclus dans le budget global

¹ Les chiffres reposent sur le principe de caisse. Un certain nombre de versements finaux ne pourront avoir lieu que l'année suivante, certaines contributions fédérales n'ayant, de leur côté, pas encore été versées.